

**MERKUR  
BANK**



**München**

**Verkaufsprospekt**

für

**DM 7.000.000,-**

**Stück 1.400.000 Inhaber-Stammaktien**

ohne Nennbetrag (Stückaktien)

- mit Gewinnanteilberechtigung ab dem 01.01.1999 -
- Wertpapier-Kenn-Nummer 814 821 -

und zugleich

**Unternehmensbericht**

für

**DM 12.362.995,-**

**Stück 2.472.599 Inhaber-Stammaktien**

ohne Nennbetrag (Stückaktien)

- mit Gewinnanteilberechtigung ab dem 01.01.1998 -
- Wertpapier-Kenn-Nummer 814 820 -
- Nr. 0.000.002 bis 2.472.600 und

sowie für

**DM 7.000.000,-**

**Stück 1.400.000 Inhaber-Stammaktien**

ohne Nennbetrag (Stückaktien)

- mit Gewinnanteilberechtigung ab dem 01.01.1999 -
- Wertpapier-Kenn-Nummer 814 821 -
- Nr. 2.472.601 bis 3.872.600

**für die Zulassung zum Geregeltten Markt der  
Bayerischen Börse in München**

**Börsenkürzel: MBK**

**01. März 1999**

# Verkaufsangebot

über

DM 7.000.000,-

## **Inhaber-Stammaktien**

mit Gewinnanteilberechtigung ab dem 01.01.1999  
der

## **MERKUR BANK KGaA München**

Wertpapier-Kenn-Nummer 814 821

Die angebotenen Aktien stammen aus der von der außerordentlichen Hauptversammlung vom 07.12.1998 unter Ausschluß des Bezugsrechts der Aktionäre beschlossenen Erhöhung des Grundkapitals von DM 12.363.000,- um DM 7.000.000,- auf DM 19.363.000,-. Die Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung im Handelsregister des Amtsgerichts München ist am 04.02.1999 erfolgt. Die Baader Wertpapierhandelsbank AG, Boschstraße 8, 82178 Puchheim, hat die zu plazierenden Aktien (entsprechend 1.400.000 nennwertlose Stückaktien) mit der Maßgabe übernommen, diese zu nachstehenden Bedingungen interessierten Anlegern freibleibend zum Kauf anzubieten. Der Nettoerlös aus der Plazierung fließt der MERKUR BANK KGaA zu.

Kaufangebote werden - vorbehaltlich einer Verkürzung der Angebotsfrist - von der Baader Wertpapierhandelsbank AG in der Zeit vom  
**17.03.1999 bis 19.03.1999 einschließlich**  
zum Festpreis von  
**EUR 10,25 je Stückaktie**

freibleibend entgegengenommen. Die Baader Wertpapierhandelsbank AG kann nach eigenem Ermessen Kaufangebote nicht oder nur teilweise annehmen. Ein Anspruch auf Annahme der Kaufangebote oder einer Mindestzuteilung der Kaufangebote besteht nicht. Mitarbeiter der MERKUR BANK KGaA, Geschäftsfreunde und Kunden der Gesellschaft können bei der Zuteilung bevorzugt bedient werden.

**Die Baader Wertpapierhandelsbank AG,  
Telefon 089/59 75 74, Fax 089/550 44 90,**

wird nur verbindliche, zusammengefaßte Kaufangebote annehmen, die von Kreditinstituten, die Kontoinhaber bei der Deutschen Börse Clearing AG, Frankfurt/Main, sind, unter Angabe der PÜV-Nr. abgegeben werden.

Interessierte Anleger können bei jeder Bank oder Sparkasse Kaufaufträge erteilen.

Der Kaufpreis für die zugeteilten Inhaber-Stammaktien zuzüglich üblicher Effektenprovision ist von den Erwerbern am 24.03.1999 zu entrichten. Am selben Tag erfolgt die Lieferung der Aktien mittels Gutschrift auf Girosammeldepot durch die Deutsche Börse Clearing AG, Frankfurt/Main. Ansprüche auf Auslieferung von effektiven Stücken können nicht geltend gemacht werden.

Die Aufnahme der Preisfeststellung im Geregeltten Markt der Bayerischen Börse in München erfolgt voraussichtlich am 23.03.1999. Nach Feststellung des Einheitspreises gegen 12.00 Uhr werden die Aktien in Mindestschlüssen von 1 Stück fortlaufend gehandelt.

Weitere Informationen und Unterlagen (Verkaufsprospekt, Neuemissionsstudie und Imagebroschüre) sind kostenlos erhältlich über:

UBF Consult GmbH, Boschstraße 8, 82178 Puchheim, Tel. 089/86 49 400, Fax 089/86 49 42 0001.

# MERKUR BANK KGaA Dreijahresübersicht

	1995	1996	1997	Veränderung 1997 zu 1996 (in %)
	GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	„Als-ob-KGaA“	
<b>Ausgewählte Daten der Gewinn- und Verlustrechnung in TDM</b>				
Zinsüberschuß	8.826	11.025	14.193	+28,7
Provisionsüberschuß	2.773	3.954	3.892	-1,6
Verwaltungsaufwand	7.381	8.917	11.469	n/a <sup>1</sup>
Teilbetriebsergebnis	3.188	4.907	5.523	n/a <sup>1</sup>
Risikovorsorge <sup>2</sup>	708	1.866	2.360	+26,5
Jahresüberschuß	3.068	3.930	3.339	n/a <sup>1</sup>
<b>Ausgewählte Daten der Bilanz in TDM</b>				
Bilanzsumme	322.504	555.923	606.398	+9,1
Geschäftsvolumen <sup>3</sup>	340.434	589.603	639.568	+8,5
Forderungen an Banken	41.806	152.544	128.876	-15,5
Forderungen an Kunden	218.556	347.857	386.610	+11,1
Wertpapiere, Beteiligungen	39.305	35.952	30.286	-15,8
Sachanlagen	10.604	11.109	18.206	+63,9
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	21.668	23.989	22.834	-4,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	274.051	498.895	537.895	+7,8
Haftendes Eigenkapital nach KWG	21.194	27.182	32.157	+18,3
- davon gezeichnetes Kapital	14.000	15.000	16.000	+6,7
- davon Gewinnrücklagen	1.000	1.700	2.700	+58,8
- davon Ergänzungskapital	6.194	10.482	13.457	+28,4
Eigenkapitalquote I <sup>4</sup> (in %)	4,65	3,00	3,08	+2,7
Eigenkapitalquote II <sup>5</sup> (in %)	6,57	4,89	5,30	+8,5
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	62	68	77	+13,2
Anzahl der Niederlassungen/Zweigstellen <sup>6</sup>	4	5	5	+/-0

<sup>1</sup> Auf die Angabe der Veränderung wird verzichtet, da die absoluten Zahlen durch die Anpassungen, die durch den Rechtsformwechsel der Gesellschaft erforderlich wurden, nicht vergleichbar sind. Vgl. dazu die Erläuterungen im Anhang zum Jahresabschluss 1997.

<sup>2</sup> Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft.

<sup>3</sup> Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln und Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen.

<sup>4</sup> Kernkapital (gezeichnetes Kapital und Gewinnrücklagen) in Relation zur Bilanzsumme.

<sup>5</sup> Haftendes Eigenkapital in Relation zur Bilanzsumme.

<sup>6</sup> Jeweils zum Jahresende inklusive der Hauptverwaltung in München.

# Inhaltsverzeichnis

Verkaufsangebot .....	2
Dreijahresübersicht .....	3
I. Allgemeine Informationen .....	5
Verantwortlichkeit für den Prospektinhalt .....	5
Einsichtnahme in Unterlagen.....	5
Gegenstand des Verkaufsprospekts/Unternehmensberichts .....	6
Verkaufsangebot .....	6
Ausgabepreis.....	6
Voraussichtlicher zeitlicher Ablauf der Emission.....	6
Verwendung des Emissionserlöses .....	6
Hinweise zur Besteuerung.....	7
II. Angaben zur Gesellschaft.....	10
Gründung, Sitz und Dauer der Gesellschaft.....	10
Gegenstand des Unternehmens .....	11
Kapitalverhältnisse .....	11
Bezugsrecht.....	13
Rechte der Aktionäre.....	13
Übertragbarkeit der Aktie.....	14
Wesentliche Aktionäre.....	14
Organe der Gesellschaft, Hauptversammlung .....	14
Geschäftsjahr, Bekanntmachungen, Ausstattung der Globalurkunden, Zahl-/Hinterlegungsstelle ...	18
Wichtige Verträge .....	18
Patente und Lizenzen.....	19
Verbandszugehörigkeit.....	19
Rechtsstreitigkeiten .....	19
Steuerliche Betriebsprüfung .....	19
Jahresabschluß und Gewinnverwendung .....	20
Abschlußprüfer .....	20
III. Marktübersicht und Geschäftstätigkeit.....	21
Markt, Marktposition und Wettbewerb.....	21
Geschäftsvolumen/Zins- und Provisionsergebnis .....	23
Niederlassungen/Zweigstellen .....	25
Investitionen .....	25
Immobilien .....	25
Personal.....	26
Historischer Überblick.....	26
IV. Hinweise für den Anleger.....	27
Anlageerwägungen.....	27
Risikofaktoren.....	27
Volatilität des Marktkurses .....	29
V. Finanzteil .....	32
Als-ob-KGaA Lagebericht für das Geschäftsjahr 1997 .....	32
Als-ob-KGaA Bilanz zum 31.12.1997 .....	34
Als-ob-KGaA Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1997.....	36
Als-ob-KGaA Anhang 1997 .....	37
Erläuterungen zur Anpassung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 1997 der Merkur-Bank GmbH & Co. KG, München, an die für eine Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA) geltenden Vorschriften.....	44
Bescheinigung .....	45
VI. Geschäftsgang und Aussichten.....	46

# **I. Allgemeine Informationen**

## **Verantwortlichkeit für den Prospektinhalt**

Die MERKUR BANK KGaA und die Baader Wertpapierhandelsbank AG, München, übernehmen gemäß § 13 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz und § 77 Börsengesetz i.V.m. §§ 45 ff Börsengesetz die Verantwortung für den Inhalt dieses Verkaufsprospektes/Unternehmensberichts und erklären hiermit, daß ihres Wissens die Angaben in diesem Verkaufsprospekt/Unternehmensbericht richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

Für den Inhalt des Prospektes sind die bis zur Herausgabe bekannten oder erkennbaren Umstände maßgeblich.

## **Einsichtnahme in Unterlagen**

Die in diesem Verkaufsprospekt/Unternehmensbericht genannten Unterlagen, die die Gesellschaft betreffen, sind bei der MERKUR BANK KGaA, Bayerstraße 33, 80335 München, während der üblichen Geschäftszeiten einzusehen.

München, den 18.02.1999

MERKUR BANK KGaA

Die Geschäftsleitung

Siegfried Lingel

Wolfgang Paul

Puchheim, den 18.02.1999

Baader Wertpapierhandelsbank AG

Uto Baader

Michael Kott

## **Gegenstand des Verkaufsprospekts/Unternehmensberichts**

Gegenstand dieses Prospekts als Verkaufsprospekt sind die DM 7.000.000,- (Stück 1.400.000) Inhaber-Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) aus der von der außerordentlichen Hauptversammlung am 07.12.1998 beschlossenen Kapitalerhöhung gegen Bareinlage mit Gewinnanteilberechtigung ab dem 01.01.1999. Die Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung im Handelsregister des Amtsgerichts München ist am 04.02.1999 erfolgt.

Gegenstand dieses Prospekts als Unternehmensbericht sind das bisherige Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von DM 12.362.995,- (2.472.599 Inhaber-Stammaktien ohne Nennbetrag) mit voller Gewinnanteilberechtigung für das Geschäftsjahr 1998

und

DM 7.000.000,- (1.400.000 Inhaber-Stammaktien ohne Nennbetrag) aus der am 07.12.1998 beschlossenen Kapitalerhöhung gegen Bareinlage mit Gewinnanteilberechtigung ab dem 01.01.1999.

Sämtliche Inhaberaktien der MERKUR BANK KGaA sind in zwei technischen Globalurkunden mit Globalgewinnanteilscheinen verbrieft, die bei der Deutschen Börse Clearing AG, Frankfurt/M., hinterlegt sind. Nach der Satzung der Gesellschaft ist der Anspruch der Aktionäre auf Einzelverbriefung der Aktien ausgeschlossen.

## **Verkaufsangebot**

Aktien über nominal DM 7.000.000,- (1.400.000 Stückaktien) der MERKUR BANK KGaA werden von der Baader Wertpapierhandelsbank AG, Boschstraße 8, 82178 Puchheim, zum Kauf angeboten. Diese Aktien stammen aus der Kapitalerhöhung um DM 7.000.000,- gegen Bareinlage, beschlossen in der a.o. Hauptversammlung am 07.12.1998, eingetragen am 04.02.1999 im Handelsregister des Amtsgerichts München und sind von der Baader Wertpapierhandelsbank AG mit der Verpflichtung übernommen worden, sie im Jahr 1999 öffentlich anzubieten.

## **Ausgabepreis**

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG wird die Aktien im Wege des Festpreis-Verfahrens zum Kauf anbieten. Der Preis wurde mit EUR 10,25 je Stückaktie festgesetzt.

## **Voraussichtlicher zeitlicher Ablauf der Emission**

Zeichnungsfrist	17.03. bis 19.03.1999
Zuteilung	22.03.1999
Lieferung und Zahlung	24.03.1999
Erstnotiz im Geregelt Markt, Börse München	23.03.1999

Es ist beabsichtigt, am 23.03.1999 zunächst mit dem Handel der jungen Aktien (WKN 814 821) zu beginnen. Erst nach der Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 1998 und der Dividendengleichheit der jungen und der alten Aktien sollen alle Inhaber-Aktien (unter der WKN 814 820) in den Handel einbezogen werden.

## **Verwendung des Emissionserlöses**

Der Nettoerlös aus der Plazierung der Inhaber-Stammaktien aus der Kapitalerhöhung um DM 7.000.000,- fließt der MERKUR BANK KGaA zu. Die Mittel dienen der Stärkung der Eigenkapitalbasis, dem Ausbau der bestehenden Geschäftsverbindungen und der Finanzierung des weiteren Wachstums der Gesellschaft. Die Geschäftsleitung plant, dem Bereich Anlageberatung künftig eine höhere Priorität einzuräumen. Außerdem will die Bank ab 1999 zusätzlich das Pre-IPO-Geschäft (Beteiligung an Unternehmen im Vorfeld von Börsengängen) und das Neuemissionsgeschäft zusammen mit der Baader Wertpapierhandelsbank AG, München, als Kooperationspartner betreiben.

## **Hinweise zur Besteuerung**

Im folgenden ist die im Zeitpunkt der Fertigstellung des Verkaufsprospekts/Unternehmensberichts gültige steuerliche Rechtslage dargestellt.

Vor dem Hintergrund der von der neuen Bundesregierung derzeit geführten Steuerdiskussion sind jedoch im Jahr 1999 noch Änderungen zu erwarten. Soweit heute bekannt ist, werden sie sich im wesentlichen auf die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen auswirken. Hier ist zum einen daran gedacht, die Spekulationsfrist von derzeit sechs auf dann zwölf Monate zu verlängern. Zum anderen soll die Wesentlichkeitsgrenze für mittelbare und unmittelbare Beteiligungen im Privatvermögen bei Steuerin- und ausländern von derzeit „mehr als 25%“ auf dann „ab 10%“ gesenkt werden.

Zur Diskussion steht auch die Halbierung des Sparerfreibetrages von derzeit DM 6.000/12.000 (Ledige/Verheiratete) für die Einkünfte aus Kapitalvermögen auf dann DM 3.000/6.000.

Daneben soll auch der ermäßigte Körperschaftsteuersatz für beschränkt steuerpflichtige Anteilseigner, die Aktien im Betriebsvermögen einer in Deutschland gelegenen Betriebsstätte halten, von aktuell 42% auf dann 40% gesenkt werden.

## **Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland**

Die nachfolgende Darstellung erhebt nicht den Anspruch, sämtliche steuerlichen Überlegungen, die für den Erwerb der Aktien maßgeblich sein könnten, vollständig wiederzugeben. Den Erläuterungen wurden die im Zeitpunkt der Abfassung des Prospektes geltenden steuerlichen Bestimmungen in Deutschland zugrunde gelegt, die Veränderungen unterliegen können. Die Ausführungen beschränken sich darauf, auf die steuerliche Behandlung von Dividenden, Veräußerungsgewinnen, Schenkungs- und Erbvorgängen sowie auf die Vermögensteuer einzugehen. Indes werden die damit zusammenhängenden steuerlichen Fragen nicht erschöpfend behandelt. Die Erläuterungen gehen nicht auf besondere Sachverhaltsgestaltungen ein, die für einzelne Erwerber von Aktien von Bedeutung sein könnten.

Es wird mit Nachdruck empfohlen, bei steuerlichen Zweifelsfragen einen Steuerberater zu konsultieren.

## **Besteuerung von unbeschränkt steuerpflichtigen Anteilseignern**

### **Einkommen- und Körperschaftsteuer**

Steuerpflichtige Dividenden, die eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Aktiengesellschaft an ihre inländischen Anteilseigner ausschüttet, unterliegen in Höhe des Bruttobetrag (Bardividende zzgl. Körperschaftsteueranrechnungsguthaben) der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer. Darüber hinaus wird von der Bardividende (Bruttodividende abzüglich Körperschaftsteueranrechnungsguthaben) eine Kapitalertragsteuer in Höhe von 25% erhoben, die im Rahmen des steuerlichen Veranlagungsverfahrens auf die Steuerschuld angerechnet werden kann.

Seit dem 31.12.1994 zufließende Dividenden unterliegen ferner dem Solidaritätszuschlag, der sich derzeit auf 5,5% der zu erhebenden Kapitalertragsteuer beläuft. Der Solidaritätszuschlag beträgt damit 1,375% der Dividende.

Im Rahmen des steuerlichen Veranlagungsverfahrens wird die erhobene Kapitalertragsteuer und der zusätzlich hierzu erhobene Solidaritätszuschlag auf die Steuerschuld angerechnet. Das Gleiche gilt aufgrund des körperschaftsteuerlichen Anrechnungsverfahrens für die auf den ausgeschütteten Dividenden lastende Körperschaftsteuer, die von der Gesellschaft entrichtet wurde. Hierdurch wird eine doppelte Versteuerung der Gewinne bei der Gesellschaft und beim Anteilseigner vermieden. Im Ergebnis werden die Dividendeneinkünfte daher lediglich mit dem individuellen Einkommensteuersatz des Anteilseigners besteuert.

Um dies bewerkstelligen zu können, wird die Dividende des Anteilseigners um die von der Gesellschaft gezahlte, anrechenbare Körperschaftsteuer aufgestockt; z.B. ist eine beschlossene Dividende in Höhe von DM 70,- je Aktie um die anrechenbare Körperschaftsteuer von DM 30,- zu erhöhen und der Besteuerung zu unterwerfen. Dem Anteilseigner fließen unter Berücksichtigung der einbehaltenen Kapitalertragsteuer von DM 17,50 und des Solidaritätszuschlags darauf von DM 0,96 zunächst DM 51,54 in bar zu. DM 18,46 werden ihm wegen einbehaltener Kapitalertragsteuer und wegen des Solidaritätszuschlags sowie DM 30,- wegen der von der Gesellschaft gezahlten Körperschaftsteuer auf die individuelle Steuerschuld angerechnet. Falls der persönliche Steuersatz die Anrechnungsbeträge übersteigt, ergibt sich eine Steuernachzahlung, andernfalls eine Erstattung.

Steuerinländern, die im Rahmen des Privatvermögens Einkünfte aus Kapitalvermögen beziehen, wird ein Sparerfreibetrag und ein Werbungskostenpauschbetrag in Höhe von insgesamt DM 6.100,-

(Alleinstehende) bzw. DM 12.200,- (Verheiratete) gewährt. Auf diesen Sparerfreibetrag wird die Bruttodividende (Bardividende zzgl. Körperschaftsteueranrechnungsguthaben) angerechnet. Sofern dem depotführenden Kreditinstitut ein Freistellungsauftrag erteilt wurde, wird regelmäßig der Bruttobetrag der Dividende ausgezahlt, wenn ein ausreichendes Freistellungsvolumen vorhanden ist.

### **Besteuerung von Veräußerungsgewinnen**

Sofern die Aktien zu einem inländischen Betriebsvermögen gehören, unterliegen Veräußerungsgewinne regelmäßig der Besteuerung.

Im Privatvermögen unterliegen Veräußerungsgewinne nur dann als Spekulationsgewinne der Einkommensteuer, wenn

- a) zwischen der Anschaffung und der Veräußerung der Aktien nicht mehr als 6 Monate liegen. Für diese Spekulationsgewinne gilt eine Freigrenze von DM 1.000,- pro Kalenderjahr. Spekulationsverluste dürfen bis zur Höhe des Spekulationsgewinns, den der Steuerpflichtige im gleichen Kalenderjahr erzielt hat, mit diesem ausgeglichen werden.
- b) der Anteilseigner an dem Nennkapital der Gesellschaft innerhalb der letzten 5 Jahre wesentlich, d.h. zu mehr als 25%, unmittelbar oder mittelbar beteiligt war. Veräußerungsgewinn ist in diesem Fall der Betrag, um den der Veräußerungspreis nach Abzug der Veräußerungskosten die Anschaffungskosten übersteigt. Der Veräußerungsgewinn bleibt innerhalb bestimmter Grenzen steuerfrei.

### **Erbschaft-, Schenkung- und Vermögensteuer**

Aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 22.06.1995 mußte der Gesetzgeber die Erhebung von Erbschaft-, Schenkung- und Vermögensteuer bis zum Ende des Jahres 1996 neu regeln. Nunmehr gilt für diese Steuern folgendes:

Der Erwerb von Aktien von Todes wegen sowie die Schenkung von Aktien unter Lebenden unterliegen der deutschen Erbschaft- und Schenkungsteuer, soweit der Erblasser bzw. Schenker Inländer im Sinne des § 2 ErbStG war.

Für Familienangehörige und Verwandte kommen Freibeträge in unterschiedlicher Höhe zur Anwendung. Befinden sich die Aktien im Betriebsvermögen, wird im Falle der Erbschaft oder beim Erwerb im Wege der vorweggenommenen Erbfolge ein Freibetrag von DM 500.000,- gewährt.

Die Vermögensteuer wird ab 01.01.1997 bis auf weiteres nicht erhoben, da bis zum 31.12.1996 keine gesetzliche Neuregelung getroffen wurde.

### **Besteuerung von beschränkt steuerpflichtigen Anteilseignern (Steuerausländern)**

#### **Einkommen- und Körperschaftsteuer**

Im Ausland ansässige Anteilseigner unterliegen mit ihren Dividendeneinkünften im Inland zwar der beschränkten Steuerpflicht, wenn der Schuldner Wohnsitz, Geschäftsleitung oder Sitz im Inland hat. Die Steuerschuld wird jedoch durch die Erhebung der Kapitalertragsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag abgegolten.

Die Bardividende unterliegt daher -ebenso wie bei inländischen Anteilseignern- einer Kapitalertragsteuer in Höhe von 25% zzgl. eines Solidaritätszuschlages in Höhe von 5,5% der zu erhebenden Kapitalertragsteuer. In zahlreichen Doppelbesteuerungsabkommen ist das Recht des Quellenstaates zur Erhebung von Quellensteuern jedoch auf einen Höchstsatz begrenzt oder beseitigt. Soweit dieser niedriger ist als der in der Bundesrepublik Deutschland geltende Kapitalertragsteuersatz in Höhe von 25% zuzüglich Solidaritätszuschlag, steht dem ausländischen Anteilseigner ein Anspruch auf Ermäßigung der Kapitalertragsteuer zu, der jedoch gegenüber den deutschen Finanzbehörden nur im Erstattungswege geltend gemacht werden kann. Entsprechende Anträge sind an das Bundesamt für Finanzen, Friedhofstr. 1, 53221 Bonn, zu richten.

Beschränkt steuerpflichtigen Anteilseignern steht ein Körperschaftsteueranrechnungsguthaben nicht zu. Ebenso wenig wird ihnen ein Sparerfreibetrag gewährt.

Gehören die Aktien hingegen zum Vermögen einer inländischen Betriebsstätte oder einer festen Geschäftseinrichtung, die der ausländische Anteilseigner in der Bundesrepublik Deutschland unterhält, erfolgt die Besteuerung wie bei einem in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Anteilseigner, der die Aktien im inländischen Betriebsvermögen hält. Für beschränkt steuerpflichtige Anteilseigner gilt in diesen Fällen ein ermäßigter Körperschaftsteuersatz von 42% zzgl. eines Solidaritätszuschlages in Höhe von 5,5% der Körperschaftsteuer.

### **Besteuerung von Veräußerungsgewinnen**

Gewinne aus der Veräußerung von Aktien durch einen beschränkt steuerpflichtigen Anteilseigner unterliegen nicht der deutschen Einkommenbesteuerung, es sei denn, daß

- a) die Aktien zu einer in der Bundesrepublik Deutschland unterhaltenen Betriebsstätte oder einer festen Geschäftseinrichtung gehören oder
- b) der Anteilseigner innerhalb der letzten 5 Jahre am Eigenkapital einer inländischen Kapitalgesellschaft unmittelbar oder mittelbar zu mehr als 25% beteiligt war und keine Befreiung aufgrund eines eventuell eingreifenden Doppelbesteuerungsabkommens gegeben ist.

### **Erbschaft-, Schenkung- und Vermögensteuer**

Der Erwerb von Aktien, die von beschränkt steuerpflichtigen Anteilseignern gehalten werden, durch Erwerb von Todes wegen oder durch Schenkung unter Lebenden unterliegt nur dann der deutschen Erbschaft- oder Schenkungsteuer, wenn

- der Erblasser, der Schenker oder Erwerber Inländer im Sinne des § 2 ErbStG ist oder
- die Aktien im Zeitpunkt des Übergangs auf den Erwerber zum Vermögen einer in der Bundesrepublik Deutschland unterhaltenen Betriebsstätte oder einer festen Geschäftseinrichtung des Anteilseigners gehörten oder
- der Anteilseigner entweder allein oder zusammen mit anderen ihm nahestehenden Personen am Nennkapital der Gesellschaft mindestens zu 10% unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

Die Vermögensteuer wird ab 01.01.1997 bis auf weiteres nicht erhoben, da bis zum 31.12.1996 keine gesetzliche Neuregelung getroffen wurde.

### **Sonstige Steuern in der Bundesrepublik Deutschland**

Die Bundesrepublik Deutschland erhebt keine Börsenumsatzsteuer, Gesellschaftsteuer, Stempelabgaben oder ähnliche Steuern auf den Erwerb, die Veräußerung oder die Übertragung von Aktien.

## II. Angaben zur Gesellschaft

### Gründung, Sitz und Dauer der Gesellschaft

Die Gesellschaft wurde 1959 von den Herren Dr. Zanwel und Motek Horowicz sowie Frau Hela Horowicz unter der Firma MERKUR-BANK Horowicz KG gegründet.

Nach dem Tod bzw. dem Ausscheiden der Gründer und durch den Eintritt der Merkur-Bank Beteiligungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin am 02.01.1986 entstand die Merkur-Bank GmbH & Co. KG mit Sitz in München (Amtsgericht München, HRA 15307). Mit Schreiben vom 28.01.1986 wurde der Merkur-Bank Beteiligungs-GmbH (Amtsgericht München, HRB 77891) als persönlich haftender Gesellschafterin einer Personenhandelsgesellschaft vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen (BAKred) die Erlaubnis erteilt, Bankgeschäfte gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1-5 und 7-9 KWG (i.d.F. vom 11.07.1985) zu betreiben.

Die MERKUR BANK KGaA (Amtsgericht München, HRB 122853) entstand gemäß Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 21.08.1998 durch formwechselnde Umwandlung der Firma „Merkur-Bank GmbH & Co. KG“ rückwirkend zum 01.01.1998. Am 12.11.1998 wurde der MERKUR BANK KGaA als juristischer Person und damit als erlaubnispflichtigem Unternehmen im Sinn von § 32 KWG durch das BAKred die Erlaubnis gemäß § 1 Abs.1 Satz 2 Nr. 1-5 und 7-12 KWG erteilt, Bankgeschäfte zu betreiben und Finanzdienstleistungen nach § 1 Abs. 1a Satz 2 KWG zu erbringen.

Durch den Formwechsel wurden Vermögen und Verbindlichkeiten der Merkur-Bank GmbH & Co. KG zu Vermögen bzw. Verbindlichkeiten der MERKUR BANK KGaA.

Mit Wirksamkeit des Formwechsels traten anstelle der bisherigen Kommandit- und Komplementäreinlagen Inhaberaktien und eine Namensaktie sowie Komplementärkapital in dem durch den Umwandlungsbeschluß bestimmten Verhältnis.

Die Merkur-Bank Beteiligungs-GmbH, München, war die einzige persönlich haftende Gesellschafterin der Merkur-Bank GmbH & Co. KG. Am Stammkapital der Beteiligungs-GmbH in Höhe von TDM 300 sind derzeit die Herren Prof. Dr. Abelein (Anteil am Stammkapital 2,8%), Altmann (1,4%), S. Lingel (75%), B.-U. Scholz (19,4%) und X. Wanner (1,4%) beteiligt.

Im Rahmen der Umwandlung kam Herr Siegfried Lingel, der bis dahin zum Kreis der Kommanditisten gehörte, als weiterer persönlich haftender Gesellschafter der KGaA hinzu.

Die Eintragung der Kommanditgesellschaft auf Aktien erfolgte am 18.11.1998 im Handelsregister des Amtsgerichts München.

Besondere Vorteile im Sinne von § 26 Abs. 1 AktG zu Lasten der Gesellschaft sind den Gründungsaktionären, der Geschäftsleitung und den Aufsichtsratsmitgliedern nicht gewährt worden.

Sitz der Gesellschaft ist München.

Die Verwaltungsanschrift lautet: MERKUR BANK KGaA, Bayerstraße 33, 80335 München, Tel.: 089/551505-0, Fax 089/551505-28.

Die Gesellschaft unterliegt deutschem Recht.

Die Dauer der Gesellschaft ist nicht beschränkt.

Nach der Satzung der Gesellschaft können persönlich haftende Gesellschafter

- a) die Gesellschaft ohne Einhaltung einer Frist kündigen, wenn im Falle eines Verlangens der persönlich haftenden Gesellschafter, ihre Kapitaleinlage in Grundkapital umzuwandeln (vgl. dazu die Ausführungen unter Kapitalverhältnisse), die jeweiligen Aktien nicht innerhalb der vorgesehenen Frist ausgegeben werden,
- b) das Gesellschaftsverhältnis unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Jahr zum Ende eines Geschäftsjahres kündigen,
- c) das Gesellschaftsverhältnis aus wichtigem Grund kündigen.

Eine Kündigung der Gesellschaft durch die persönlich haftenden Gesellschafter führt jedoch nicht automatisch zu einer Auflösung der Gesellschaft.

Eine Kündigung der Gesellschaft durch die Kommanditaktionäre ist ausgeschlossen.

Die Satzung der Gesellschaft sieht für den Fall des Ausscheidens aller oder des letzten verbleibenden persönlich haftenden Gesellschafters vor, daß die Gesellschaft - im Falle eines entsprechenden Beschlusses der Hauptversammlung zum Formwechsel - als Aktiengesellschaft fortgesetzt wird.

Die Gesellschaft kann außer aus den im Gesetz genannten Gründen (§ 131 Abs. 1 Nr. 3 und 4 HGB) durch Beschluß der Hauptversammlung mit einer Mehrheit von 95% des bei der Beschlußfassung vertretenen Grundkapitals mit Zustimmung der persönlich haftenden Gesellschafter aufgelöst werden.

Wird die Gesellschaft aufgelöst, erfolgt die Abwicklung durch die persönlich haftenden Gesellschafter. Das nach Abzug der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen der Gesellschaft wird zwischen den persönlich haftenden Gesellschaftern und den Kommanditaktionären im Verhältnis des Grundkapitals und des Komplementärkapitals verteilt.

## **Gegenstand des Unternehmens**

Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben von Bankgeschäften aller Art mit Ausnahme des Investmentgeschäfts (§ 1 Abs. 1 Nr. 6 KWG), der Handel mit Münzen, Medaillen und Edelmetallen aller Art, die Vermittlung und der Verkauf von Bausparverträgen und Versicherungen sowie die Vermittlung von Immobilien aller Art und von Mietverträgen. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören auch die Treuhandtätigkeit, die Vermögensverwaltung, die Grundstücksverwaltung und die Testamentsvollstreckung.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte und Maßnahmen durchzuführen, die geeignet erscheinen, dem Gegenstand des Unternehmens zu dienen. Zu diesem Zweck kann die Gesellschaft insbesondere Dienstleistungen erbringen, Grundstücke erwerben, verwalten und veräußern, andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen und solche Unternehmen leiten oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken.

Die MERKUR BANK KGaA ist außerdem berechtigt, sofern nicht bankaufsichtsrechtliche Vorschriften entgegenstehen, ihre Geschäftstätigkeit auch durch Tochter-, Beteiligungs- und Gemeinschaftsunternehmen auszuüben oder ihren Betrieb teilweise in verbundene Unternehmen auszugliedern oder solchen Unternehmen zu überlassen.

## **Kapitalverhältnisse**

### **Gesamtkapital, Grundkapital, Komplementärkapital**

Das Gesamtkapital der Gesellschaft beträgt seit der Eintragung der von der außerordentlichen Hauptversammlung am 07.12.1998 beschlossenen Kapitalerhöhung um DM 7.000.000,- derzeit DM 25.000.000,- und setzt sich wie folgt zusammen:

Das Grundkapital (Kommanditkapital) beträgt derzeit DM 19.363.000,-.

Es ist eingeteilt in 3.872.599 auf den Inhaber lautende Stückaktien

sowie

die Aktie mit der Nummer 1, die auf den Namen lautet.

Dem jeweiligen Inhaber der Namensaktie steht das Recht und die Pflicht zu, jeweils ein Drittel aller Aufsichtsratsmitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden.

Das Entsendungsrecht besteht nicht, sofern der Inhaber der Aktie Nr. 1 ein persönlich haftender Gesellschafter ist.

Die Aktie Nr. 1 wird derzeit von Herrn Marcus Lingel gehalten.

Form und Inhalt der Aktienurkunden sowie der Gewinnanteil- und Erneuerungsscheine bestimmt die Geschäftsleitung. Der Anspruch der Kommanditaktionäre auf Verbriefung ihres Anteils ist ausgeschlossen.

Das Komplementärkapital beträgt DM 5.637.000,- und repräsentiert die festen Kapitalkonten der persönlich haftenden Gesellschafter. Im einzelnen sind dies die Kapitalanteile der Merkur-Bank Beteiligungs-GmbH im Nennbetrag von DM 300.000,- und von Herrn Siegfried Lingel im Nennbetrag von DM 5.337.000,-.

Jeder persönlich haftende Gesellschafter, mit Ausnahme von juristischen Personen, kann durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Aufsichtsrat und den anderen persönlich haftenden Gesellschaftern verlangen, daß seine Vermögenseinlage ganz oder teilweise in Grundkapital im selben Be-

trag umgewandelt wird. Die Satzung der Gesellschaft sieht vor, daß einem solchen Verlangen innerhalb von acht Monaten seit Beginn des Geschäftsjahres, das auf den Zugang des Umwandlungsverlangens folgt, durch die Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Aktien entsprochen werden muß. Der Gesamtnennbetrag der Aktien muß dabei dem Betrag der umgewandelten Kapitaleinlage entsprechen. Die Aktien werden entweder aus dem für diesen Zweck bestehenden bedingten Kapital, aus genehmigtem Kapital oder aufgrund einer von der Hauptversammlung beschlossenen Kapitalerhöhung ausgegeben.

Im Falle einer Erhöhung des Grundkapitals durch Einlagen sind die persönlich haftenden Gesellschafter – ausgenommen juristische Personen – berechtigt, ihren Kapitalanteil ohne Zustimmung der Hauptversammlung im gleichen Verhältnis und zu gleichen Bedingungen (v.a. zum gleichen Ausgabebetrag) zu erhöhen. Die Komplementäre können dieses Recht innerhalb von drei Monaten nach dem Hauptversammlungsbeschluß ganz oder teilweise ausüben.

## **Genehmigtes Kapital**

Die Geschäftsleitung ist durch § 5 Abs. 3 der Satzung ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates in der Zeit bis zum 30.11.2003 das Grundkapital der Gesellschaft durch Ausgabe neuer Inhaberkapitalaktien gegen Sach- und/oder Bareinlagen einmalig oder mehrmals, insgesamt jedoch um höchstens DM 7.700.000,- zu erhöhen (genehmigtes Kapital I nach § 202 ff AktG). Die neuen Aktien sind den Kommanditaktionären grundsätzlich zum Bezug anzubieten. Dies kann die Geschäftsleitung jedoch mit Zustimmung des Aufsichtsrates zum Ausgleich von Spitzenbeträgen oder für eine Kapitalerhöhung mit Sacheinlagen zum Zweck des Erwerbs von Immobilien, Beteiligungen oder Unternehmen oder zur Umwandlung von Kapitalanteilen in Aktien nach den Bestimmungen der Satzung ausschließen.

Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, die Fassung der Satzung entsprechend dem Umfang der Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital zu ändern.

Bei einer Erhöhung des Grundkapitals kann die Gewinnberechtigung neuer Aktien abweichend von § 60 Abs. 2 AktG geregelt werden.

Darüber hinaus ist die Geschäftsleitung durch § 5 Abs. 4 der Satzung ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates in der Zeit bis zum 30.11.2003 das Grundkapital der Gesellschaft durch Ausgabe neuer Inhaberkapitalaktien gegen Sach- und/oder Bareinlagen einmalig oder mehrmals, insgesamt jedoch um höchstens DM 1.900.000,- zu erhöhen (genehmigtes Kapital II nach § 202 ff AktG). Die neuen Aktien sind den Kommanditaktionären grundsätzlich zum Bezug anzubieten. Dies kann die Geschäftsleitung jedoch mit Zustimmung des Aufsichtsrates ausschließen, sofern bei einer Barkapitalerhöhung der Plazierungspreis der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien gleicher Ausstattung zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Plazierungspreises nicht wesentlich unterschreitet. Soweit diese Ermächtigung zum Bezugsrechtsausschluß nicht ausgeübt wird, kann die Geschäftsleitung mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Bezugsrecht der Kommanditaktionäre zu gleichen Zwecken wie beim genehmigten Kapital I ausschließen.

## **Bedingtes Kapital**

Satzungsgemäß ist das Grundkapital um bis zu DM 9.500.000,- bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Aktien an persönlich haftende Gesellschafter, die gemäß den Bestimmungen der Satzung ihren Kapitalanteil in Aktien umwandeln wollen. Die Aktien sind erstmals in dem Geschäftsjahr gewinnanteilsberechtigend, das auf die Umwandlungserklärung folgt.

## **Erwerb eigener Aktien**

Die Gesellschaft ist ermächtigt, bis zum 31.05.2000 eigene Aktien zu Preisen, die den durchschnittlichen Einheitskurs der Aktien an der Bayerischen Börse in München an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10% über- bzw. unterschreiten, zu erwerben. Dabei darf der Bestand der erworbenen Aktien am Ende eines Tages 10% des Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen.

Die Geschäftsleitung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates eine Veräußerung der erworbenen Aktien in anderer Weise als über die Börse oder durch Angebot an alle Kommanditaktionäre vorzunehmen, wenn die erworbenen eigenen Aktien zu einem Preis veräußert werden, der den maß-

geblichen Börsenkurs von Aktien der Gesellschaft mit gleicher Ausstattung zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet, oder die Aktien an Mitarbeiter der Gesellschaft zu einem Preis veräußert werden, der nicht mehr als 20% unter dem Börsenkurs liegt. Diese Ermächtigung beschränkt sich auf insgesamt höchstens 10% des Grundkapitals der Gesellschaft. Als maßgeblicher Börsenkurs im Sinne der vorstehenden Regelung gilt der durchschnittliche Einheitskurs der Aktien an der Bayerischen Börse in München an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen.

Die Geschäftsleitung ist auch ermächtigt, die eigenen Aktien mit Zustimmung des Aufsichtsrats ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluß einzuziehen.

## Genußrechtskapital

Die Gesellschaft hat derzeit folgende Genußrechte ausgegeben, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassen sind.

Serie	Wertpapier-Kenn- Nummer	Zinssatz	Laufzeit bis	Betrag in TDM
01/94	807 550	8%	31.12.1999	1.640
02/96	807 551	7%	31.12.2002	3.500
03/97	807 552	7%	31.12.2003	2.000
04/98	807 553	8%	31.12.2003	1.860
				<b>9.000</b>

Die Genußrechte verbiefen nachrangige Gläubigerrechte, jedoch keine Gesellschafterrechte. Darüber hinaus gewähren die Genußrechte einen dem Gewinnanteil der Gesellschafter vorgehenden jährlichen Ausschüttungsanspruch, der zwischen 7% und 8% des Nennwerts der Genußscheine liegt, sofern dadurch kein Jahresfehlbetrag entsteht. Kann aufgrund dieser Begrenzung die zugesagte Ausschüttung ganz oder teilweise nicht erfüllt werden, besteht ein Nachzahlungsanspruch in den folgenden Geschäftsjahren, sofern dann Jahresüberschüsse erzielt werden. Die Nachzahlungspflicht der MERKUR BANK KGaA ist jedoch auf die Laufzeit des jeweiligen Genußrechts beschränkt.

Die Genußscheininhaber nehmen an einem etwaigen Bilanzverlust oder einer Kapitalherabsetzung zur Deckung von Verlusten anteilmäßig zum Eigenkapital durch Minderung bis zur vollen Höhe ihrer Rückzahlungsansprüche teil. Rückzahlungsansprüche sind in Folgejahren aus Gewinnen wieder bis zum Nennbetrag zu erhöhen.

Die Teilnahme am Verlust, der Nachrang, die Laufzeit und die Kündigungsfrist (zwei Jahre zum Ende eines Geschäftsjahres) können nachträglich nicht geändert werden.

## Bezugsrecht

Jeder Kommanditaktionär der Gesellschaft hat bei Kapitalerhöhungen gemäß § 186 AktG ein Recht auf den Bezug neuer Aktien in dem Verhältnis, in dem er alte Aktien besitzt (Bezugsrecht).

Die Geschäftsleitung hat im Rahmen der Durchführung einer Kapitalerhöhung eine sogenannte Bezugsaufforderung im Gesellschaftsblatt (Bundesanzeiger) zu veröffentlichen. Diese Bezugsaufforderung muß die Kapitalerhöhung als solche, den Erhöhungsbetrag, den Ausgabekurs und das Bezugsverhältnis enthalten.

Das Bezugsrecht wird durch die sogenannte Bezugserklärung des Anlegers, die neuen Aktien erwerben zu wollen, ausgeübt (vgl. § 198 Abs. 1 AktG).

Der Aktionär kann seine Bezugsrechte - sofern sie von ihm nicht ausgeübt werden - grundsätzlich veräußern bzw. Bezugsrechte anderer Aktionäre erwerben. Das Bezugsrecht verfällt, wenn es nicht oder nicht rechtzeitig ausgeübt wird. Auf die dadurch frei werdenden neuen Aktien haben die übrigen Aktionäre kein Bezugsrecht.

## Rechte der Aktionäre

Die Aktionäre haben das Recht, an den Hauptversammlungen teilzunehmen und dort das Stimmrecht auszuüben; sie haben ferner das Recht auf Beteiligung am Unternehmensgewinn (§ 58 Abs. 4 AktG), das Bezugsrecht auf Aktien bei Kapitalerhöhungen sowie Anspruch auf den Liquidationserlös.

Darüber hinaus hat der Inhaber der Namensaktie laut Satzung das Recht und die Pflicht, ein Drittel der Aufsichtsratsmitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Dieses Recht besteht nicht, sofern der

Inhaber der Namensaktie ein persönlich haftender Gesellschafter ist. In diesem Fall werden die Mitglieder des Aufsichtsrats ausschließlich von der Hauptversammlung gewählt.

## Übertragbarkeit der Aktie

Die Inhaberaktien können als sogenannte Inhaberpapiere nach den allgemeinen Grundsätzen des Bürgerlichen Rechts und des Handelsrechts formlos und frei von Zustimmungserfordernissen der Gesellschaft übertragen werden. Die Inhaberaktien werden mithin wie bewegliche Sachen durch Einigung und Übergabe übereignet. Beschränkungen bezüglich der Fungibilität bestehen nicht.

Die Übertragung der Namensaktie bedarf laut Satzung der Zustimmung der Gesellschaft. Über die Erteilung der Zustimmung entscheiden die persönlich haftenden Gesellschafter.

Durch die Aufnahme des Handels im Regierten Markt der Bayerischen Börse in München wird eine Erweiterung des Aktionärskreises und leichtere Übertragbarkeit der Aktien angestrebt.

## Wesentliche Aktionäre

Die nachfolgende Übersicht gibt die Aktionärsstruktur der Gesellschaft sowie die Verteilung des Anteilseigentums in bezug auf das Komplementärkapital und das Kommanditaktienkapital (Grundkapital) sowohl vor als auch nach der Kapitalerhöhung und der Plazierung von Aktien im Rahmen des Börsengangs wider:

	Vor der Kapitalerhöhung			Nach der Kapitalerhöhung		
	Nominal	Anteil am Grundkapital	Anteil am Gesamtkapital	Nominal	Anteil am Grundkapital	Anteil am Gesamtkapital
	in TDM	in %	in %	in TDM	in %	in %
<b>Komplementärkapital</b>						
Merkur-Bank						
Beteiligungs-GmbH	300	--	1,7	300	--	1,2
Siegfried Lingel	5.337	--	29,6	5.337	--	21,3
	<u>5.637</u>		<u>31,3</u>	<u>5.637</u>		<u>22,5</u>
<b>Grundkapital</b>						
Berndt-Ulrich Scholz*	9.000	72,8	50,0	9.000	46,5	36,0
Prof. Dr. M. Abelein*	1.050	8,5	5,8	1.050	5,4	4,2
Gerhard Altmann*	919	7,4	5,1	919	4,7	3,7
Xaver Wanner*	771	6,3	4,3	771	4,0	3,1
Siegfried Lingel	423	3,4	2,4	423	2,2	1,7
Marcus Lingel*	200	1,6	1,1	200	1,0	0,8
Freie Aktionäre	--	--	--	7.000	36,2	28,0
	<u>12.363</u>		<u>68,7</u>	<u>19.363</u>		<u>77,5</u>
<b>Gesamt</b>	<u>18.000</u>	<u>100,0</u>	<u>100,0</u>	<u>25.000</u>	<u>100,0</u>	<u>100,0</u>

\*) auch Aufsichtsratsmitglied.

Die bisherigen Kommanditaktionäre haben sich verpflichtet, innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten nach Börseneinführung der neuen Aktien, keine Aktien der Gesellschaft ohne Zustimmung der Baader Wertpapierhandelsbank AG zu veräußern.

## Organe der Gesellschaft, Hauptversammlung

### Geschäftsleitung

Ein wesentlicher Unterschied zur Aktiengesellschaft liegt bei der KGaA darin, daß das Geschäftsführungsorgan (Geschäftsleitung) nicht aus vom Aufsichtsrat auf Zeit bestellten Vorstandsmitgliedern besteht, sondern von den Komplementären, den persönlich haftenden Gesellschaftern, gebildet wird. Dies ist durch deren persönliche Haftung für alle Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu erklären, mit der ein entsprechender Einfluß korrespondieren muß. Sie sind bei der KGaA die geborenen Ge-

schäftsführungs- und Vertretungsorgane, denen die unternehmerische Führung der Gesellschaft obliegt.

Die persönlich haftenden Gesellschafter können sich an der Gesellschaft sowohl durch Leistungen auf das Grundkapital gegen Übernahme von Aktien als auch durch in der Satzung festgesetzte Einlagen, die nicht auf das Grundkapital geleistet werden (Komplementäreinlage), beteiligen. Die Komplementäreinlage der persönlich haftenden Gesellschafter gewährt in der Hauptversammlung kein Stimmrecht.

Laut Satzung wählen die persönlich haftenden Gesellschafter der MERKUR BANK KGaA einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter der Geschäftsleitung für den Fall, daß mehr als zwei geschäftsführungsbefugte persönlich haftende Gesellschafter vorhanden sind. Solange Herr Siegfried Lingel persönlich haftender Gesellschafter ist, ist er automatisch Vorsitzender der Geschäftsleitung. Die Gesellschaft wird durch zwei persönlich haftende Gesellschafter gemeinsam oder durch einen persönlich haftenden Gesellschafter gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. Die persönlich haftenden Gesellschafter sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Die Rechtsbeziehungen der persönlich haftenden Gesellschafter untereinander sowie gegenüber der Gesellschaft werden durch die Satzung der Gesellschaft und die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften geregelt.

Der Eintritt neuer persönlich haftender Gesellschafter bedarf grundsätzlich der Zustimmung des Aufsichtsrats und der übrigen persönlich haftenden Gesellschafter. Eine Ausnahme hiervon ist der Eintritt von Herrn Marcus Lingel als neuer persönlich haftender Gesellschafter. In seinem Fall ist laut Satzung weder die Zustimmung von Aufsichtsrat und übrigen persönlich haftenden Gesellschaftern noch die der Hauptversammlung erforderlich.

Das den Kommanditisten nach § 164 HGB zustehende Widerspruchsrecht (gegen Geschäftsführungsmaßnahmen, die über den gewöhnlichen Betrieb des Handelsgewerbes der Gesellschaft hinausgehen) sowie das Recht des Aufsichtsrats, die Vornahme bestimmter Geschäfte nach § 111 Abs. 4 Satz 2 AktG von seiner Zustimmung abhängig zu machen, ist ausgeschlossen.

Die persönlich haftenden Gesellschafter der MERKUR BANK KGaA sind:

- a) Die Merkur-Bank Beteiligungs-GmbH  
Die Gesellschaft ist im Handelsregister München unter HRB 77891 eingetragen. Einzelvertretungsberechtigter Geschäftsführer ist Herr Wolfgang Paul. Die Gesellschaft kann auch vom zweiten Geschäftsführer, Herrn Siegfried Lingel, gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten werden.
- b) Herr Siegfried Lingel, Bankier, Aalen und München.

Geschäftsleiter der MERKUR BANK KGaA im Sinne von § 1 Abs. 2 KWG sind die Herren Siegfried Lingel und Wolfgang Paul. Beide sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

**Herr Honorarkonsul, Senator E.h. Siegfried Lingel, Bankier**, Bayerstraße 33, 80335 München  
Herr Lingel (60) war nach der Ausbildung zum Bankkaufmann (Kreissparkasse Aalen), der ersten Berufserfahrung in der Sparkassenorganisation und dem Besuch der Sparkassenschule in Stuttgart, als Leiter der Kreditabteilung einer württembergischen Großbrauerei zunächst in der Industrie tätig. Von dort wechselte er als Leiter der Auslands- und Wertpapierabteilung zur Volksbank Kirchheim/Teck, bevor er 1964 als Bankbevollmächtigter-Abteilungsleiter (Ausland, Anlageberatung, Wertpapiere und Immobilien) zur Aalener Volksbank kam.

Neben den beruflichen Tätigkeiten qualifizierte sich Herr Lingel in zahlreichen Lehrgängen beim Württembergischen Genossenschaftsverband sowie dem Besuch der Akademie Deutscher Genossenschaften e.V. kontinuierlich weiter. 1971 war Herr Lingel maßgeblich an der Gründung der Aalener Immobiliengesellschaft mbH (einer Tochtergesellschaft der Aalener Volksbank eG) beteiligt und ist dort seitdem als Vorsitzender der Geschäftsleitung tätig. Die Aalener Immobiliengesellschaft ist das größte einer Volksbank angeschlossene Wohnbau- und Bauträgerunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland. 1986 trat Herr Lingel als geschäftsführender Gesellschafter in die MERKUR BANK ein.

Neben seinen beruflichen Aktivitäten ist Herr Lingel Honorarkonsul der Republik Mosambik und Präsident der Deutsch-Mosambikanischen Gesellschaft Bonn sowie Handelsrichter am Landgericht I in München.

**Herr Wolfgang Paul, Bankdirektor**, Bayerstraße 33, 80335 München

Herr Paul (60) war nach der Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Bayerischen Staatsbank, Schweinfurt, dort noch einige Jahre tätig, bevor er 1960 zum damaligen Bankhaus Neuvians, Reuschel & Co., München, wechselte. Berufsbegleitend widmete er sich einem bankbezogenen Fernstudium. Kurz nach Gründung der DSK-BANK Deutsche Spar- und Kreditbank AG, München, veränderte sich Herr Paul 1965 dorthin und übernahm die Leitung einer der ersten Münchener Zweigstellen. Seit 1970 war Herr Paul als Prokurist für das Kreditressort der Münchener Zentrale des Instituts verantwortlich. 1975 wurde er in den Vorstand der Bank berufen. In den folgenden 19 Jahren seiner Vorstandstätigkeit bekleidete er außerdem die Position des Geschäftsführers der DSK-Grundbesitzgesellschaft mbH und der DSK-Leasing GmbH, an deren Gründung (März 1982) und Entwicklung er maßgeblich beteiligt war. Daneben gehörte Herr Paul zu dieser Zeit für mehrere Jahre dem Arbeitsausschuß bayerischer Banken als Vertreter der „sonstigen Banken“ an. Nach dem Eigentümerwechsel verließ Herr Paul 1994 die DSK-BANK, um als Geschäftsführer der Merkur-Bank Beteiligungs-GmbH als Geschäftsleiter der MERKUR BANK tätig zu werden.

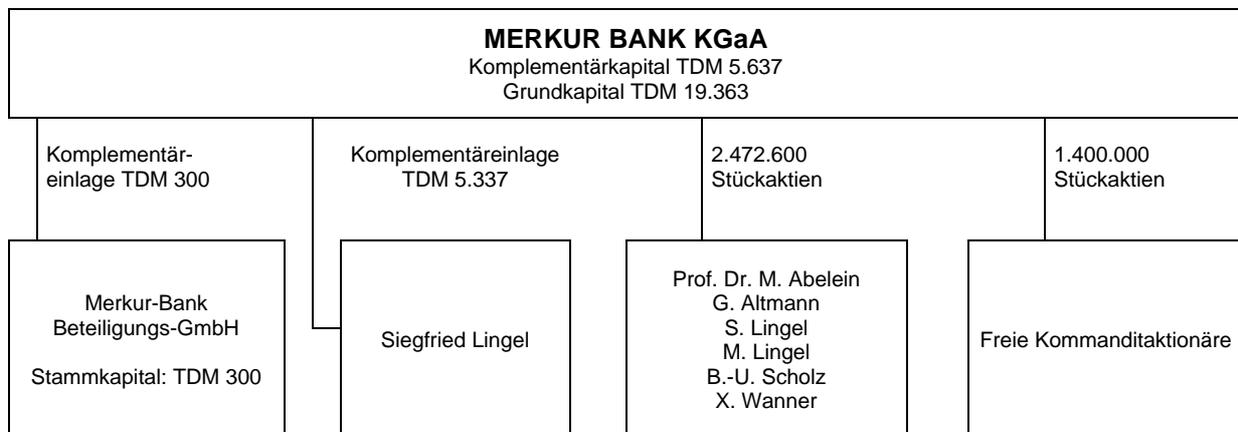
Der persönlich haftenden Gesellschafterin Merkur-Bank Beteiligungs-GmbH werden laut Satzung als Vergütung für ihre Geschäftsführungstätigkeit und für die Übernahme der persönlichen Haftung sämtliche Auslagen einschließlich Steuern und alle sonstigen Ausgaben erstattet.

Die Vergütung des persönlich haftenden Gesellschafters, Herrn Siegfried Lingel, ist außerhalb der Satzung in einer gesonderten Vereinbarung geregelt.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsleitung im Geschäftsjahr 1997 beliefen sich auf TDM 1.335. Ein Mitglied der Geschäftsleitung hält zur Zeit Aktien der MERKUR BANK KGaA entsprechend der Aufstellung und den Ausführungen unter „Wesentliche Aktionäre“.

Herr Siegfried Lingel hat sich vertraglich verpflichtet, mindestens bis zum 31.12.2001 als persönlich haftender Gesellschafter tätig zu sein.

Darstellung der Beteiligungsstruktur der MERKUR BANK KGaA (nach Kapitalerhöhung):



**Aufsichtsrat**

Dem Aufsichtsrat obliegt die Überwachung der Geschäftsführung der persönlich haftenden Gesellschafter. Im Einklang mit der besonderen Stellung der persönlich haftenden Gesellschafter steht dem Aufsichtsrat nach dem Gesetz jedoch nicht die Personalkompetenz des Aufsichtsrats einer Aktiengesellschaft, d.h. das Recht der Bestellung und Abberufung des Geschäftsführungs- und Vertretungsorgans, zu. Ebenso fehlt dem Aufsichtsrat die Kompetenz zum Erlaß einer Geschäftsordnung für die persönlich haftenden Gesellschafter. Auch an der Feststellung des Jahresabschlusses ist der Aufsichtsrat der KGaA nicht beteiligt.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht satzungsgemäß aus sechs Mitgliedern. Zwei Drittel seiner Mitglieder werden von der Hauptversammlung gewählt, ein Drittel entsendet der Inhaber der Namensaktie (vgl. Ausführungen unter Kapitalverhältnisse dort „Gesamtkapital...“).

Die Aufsichtsratsmitglieder werden - soweit die Hauptversammlung oder der Inhaber der Namensaktie keine kürzere Amtszeit bestimmt - für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die

Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach Beginn der Amtszeit beschließt, gewählt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird nicht mitgerechnet.

Für jedes ordentliche Aufsichtsratsmitglied kann ein Ersatzmitglied gewählt werden. Das Ersatzmitglied tritt bis zur Bestellung eines Nachfolgers für ein ausgeschiedenes Mitglied, längstens für die Dauer der restlichen Amtszeit des ausgeschiedenen ordentlichen Mitgliedes an dessen Stelle.

Derzeit sind keine Ersatzmitglieder gewählt.

Mitglieder und Ersatzmitglieder des Aufsichtsrats können ihr Amt durch eine an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats oder an die Geschäftsleitung zu richtende schriftliche Erklärung unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen niederlegen.

Der Aufsichtsrat nimmt die ihm durch Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben wahr.

Der Aufsichtsrat setzt sich seit Umwandlung der Gesellschaft aus folgenden Personen zusammen:

Gerhard Altmann, Steuerberater, Burggrafenweg 6, 70569 Stuttgart.

**- Vorsitzender -**

Xaver Wanner, Notar, Olgastraße 35, 70182 Stuttgart.

**- Stellvertretender Vorsitzender -**

Berndt-Ulrich Scholz, Kaufmann, Parkstraße 6, 73430 Aalen.

Prof. Dr. Manfred Abelein, Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer, Swinley Forest Cottage, Bodens Ride South Ascot, Berkshire, Großbritannien.

Marcus Lingel, Dipl.-Kfm., Nägelshofstraße 6/1, 73434 Aalen.

Oliver Scholz, Dipl.-Betriebswirt, Mittelbachstraße 15, 73430 Aalen.

Die Aufsichtsratsmitglieder wurden bis zur Beendigung der Hauptversammlung bestellt, die über das am 31.12.1998 endende Geschäftsjahr beschließt.

Herr Prof. Dr. Abelein ist neben seiner Funktion als Aufsichtsrat der MERKUR BANK KGaA auch Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Privaten Akademie AG für Bildung, München.

Herr Xaver Wanner ist neben seiner Funktion als Aufsichtsrat der MERKUR BANK KGaA auch Aufsichtsratsmitglied der Volksbank Weilimdorf e.G.

Die anderen Mitglieder des Aufsichtsrates nehmen keine weiteren Aufsichtsfunktionen wahr.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten gemäß Satzung außer dem Ersatz ihrer Auslagen eine feste jährliche Vergütung in Höhe von DM 7.500,-. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates erhält das Doppelte, sein Stellvertreter das Eineinhalbfache dieses Betrags.

Mitglieder des Aufsichtsrates halten zur Zeit Aktien der MERKUR BANK KGaA entsprechend der Aufstellung und den Ausführungen unter „Wesentliche Aktionäre“.

Den Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden seitens der Gesellschaft weder Darlehen gewährt noch wurden zu Gunsten dieses Personenkreises Bürgschaften oder sonstige Gewährleistungen übernommen.

## **Hauptversammlung**

Die ordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft findet satzungsgemäß innerhalb der ersten acht Monate des Geschäftsjahres am Sitz der Gesellschaft statt.

Die Einberufung erfolgt durch die Geschäftsleitung der Gesellschaft.

Die ordentliche Hauptversammlung beschließt insbesondere über die Verwendung des Bilanzgewinns, über die Wahl des Abschlußprüfers, über die Entlastung der Mitglieder der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrates, über die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern und über die Feststellung des Jahresabschlusses.

Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht zwingende gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt. Soweit das Gesetz

außerdem zur Beschlußfassung eine Kapitalmehrheit vorschreibt, genügt die einfache Mehrheit des bei Beschlußfassung vertretenen Kapitals.

Bei Beschlüssen über die Auflösung der Gesellschaft durch die Kommanditaktionäre ist satzungsgemäß eine Mehrheit von 95% des bei der Beschlußfassung vertretenen Kapitals sowie die Zustimmung der persönlich haftenden Gesellschafter erforderlich.

Hauptversammlungsbeschlüsse bedürfen, mit Ausnahme der in § 285 AktG aufgeführten Maßnahmen, der Zustimmung der persönlich haftenden Gesellschafter.

Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme.

## **Geschäftsjahr, Bekanntmachungen, Ausstattung der Globalurkunden, Zahl-/Hinterlegungsstelle**

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen satzungsgemäß im Bundesanzeiger sowie in mindestens einem überregionalen Pflichtblatt der Bayerischen Börse in München.

Das Grundkapital der MERKUR BANK KGaA ist verbrieft in zwei technischen Globalurkunden über insgesamt 3.872.599 Aktien (Nr. 0.000.002 - 2.472.600 und 2.472.601 - 3.872.600), die bei der Deutschen Börse Clearing AG, Frankfurt/Main, hinterlegt sind. Diese Globalurkunden tragen die Originalunterschrift des Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung der Gesellschaft sowie eine Kontrollunterschrift. Die Urkunden sind mit dem Ausstellungsvermerk „München, im Dezember 1998“ bzw. „München, im Februar 1999“ versehen. Die dazugehörigen Bögen bestehen aus den Globalgewinnanteilscheinen, die den Inhaber der Globalgewinnanteilscheine berechtigt, die sich aus vorstehend genannten Globalaktien ergebenden Nebenrechte geltend zu machen.

Der Anspruch auf Einzelverbriefung der Aktien ist ausgeschlossen.

Die alten Aktien tragen die Wertpapier-Kenn-Nummer 814 820. Bis zur Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 1998 tragen die jungen Aktien aus der Kapitalerhöhung die Wertpapier-Kenn-Nummer 814 821.

Die Aktien der MERKUR BANK KGaA sind zur Girosammelverwahrung bei der Deutschen Börse Clearing AG, Frankfurt/Main, zugelassen.

Die Funktion der Zahl- und Hinterlegungsstelle hat die MERKUR BANK KGaA, Bayerstraße 33, 80335 München, selbst übernommen.

## **Wichtige Verträge**

### **Kooperationsvereinbarung zur Einführung von Unternehmen an einer Wertpapierbörse**

Seit Anfang 1999 besteht eine Kooperationsvereinbarung mit der Baader Wertpapierhandelsbank AG, München, hinsichtlich der Zusammenarbeit bei der Einführung von Unternehmen an einer Wertpapierbörse. Dabei ist geplant, daß die Kooperationspartner gemeinsam Börsengänge verbunden mit Kapitalmaßnahmen durchführen. Darüber hinaus ist auch die Beteiligung der Merkur Bank an Unternehmen im Vorfeld eines Going-Public unter Zuführung von Eigenkapital vorgesehen. Die bestehende Vereinbarung hat eine Laufzeit bis zunächst 2001 und enthält eine Absichtserklärung über die Verlängerung.

### **Miet- und Pachtverträge**

Die MERKUR BANK KGaA betreibt das Bankgeschäft teilweise in gemieteten Räumen (vgl. auch Punkt „Immobilien“). Für die Niederlassungen in Weimar, Jena und Auerbach bestehen Mietverträge mit fest vereinbarten Laufzeiten bis längstens 2007, die sich jeweils stillschweigend verlängern bzw. eine Verlängerungsoption für die Bank beinhalten. Die jeweiligen Mietverträge wurden zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen.

### **Ausgliederung typischer Bankaufgaben**

Von der Gesellschaft wurden im Rahmen verschiedener EDV- und Kooperationsverträge folgende typischen Bankaufgaben ausgegliedert:

- Inkassotätigkeit,
- Abwicklung des Effekten- und Depotgeschäfts,
- betrieblicher Datenschutz,
- Abrechnung ausländischer Gutschriften,
- Datenverarbeitung und die
- Kredit- sowie EDV-Innenrevision.

Als Beispiele für solche Kooperationsverträge sind Vereinbarungen über die Zusammenarbeit bei der Gewährung von langfristigen Treuhand- und Hypothekendarlehen, über die Kooperation bei der Ausgabe von Kreditkarten, über den Abschluß von Finanztermingeschäften zur Gestaltung von Zinsänderungs-, Währungskurs- und sonstigen Kursrisiken oder über die Abwicklung des Effekten- und Depotgeschäfts zu nennen.

Darüber hinaus hat die MERKUR BANK KGaA einen umfangreichen Geschäftsbesorgungsvertrag mit einer Rechenzentrale abgeschlossen, durch den die gesamte Datenverarbeitung der Bank ausgelagert wird.

#### **Provisionsvereinbarungen**

Die Vermittlung von Versicherungen (R+V Versicherungen AG) und Bausparverträgen (Bausparkasse Schwäbisch Hall) basiert auf verschiedenen Kooperations- oder Rahmenvereinbarungen, die alle auf unbestimmte Zeit geschlossen wurden. Die Verträge regeln die Tätigkeiten der Bank sowie die Provisionssätze für Vermittlungen. Falls nicht sechs- oder neunmonatige Kündigungsfristen vereinbart wurden, gelten die gesetzlichen Fristen.

## **Patente und Lizenzen**

Die Wortbildmarke der Gesellschaft ist beim Deutschen Patentamt eingetragen, alle Rechte liegen bei der MERKUR BANK KGaA.

Die Gesellschaft ist nicht von Patenten oder Lizenzen abhängig, die von wesentlicher Bedeutung für ihre Geschäftstätigkeit sind.

## **Verbandszugehörigkeit**

Als ein Kreditinstitut in privater Rechtsform mit Vollbankerlaubnis und Sitz in Bayern ist die MERKUR BANK KGaA Mitglied im Bayerischen Bankenverband e.V., der die Interessen des privaten Bank- und Bankiergewerbes nach allen Richtungen hin vertritt.

Über diesen regionalen Verband hinaus ist die MERKUR BANK KGaA wie rund 300 weitere private Banken dem Bundesverband deutscher Banken e.V. (BdB) angeschlossen. Dieser berät seine Mitglieder und vertritt ihre Interessen gegenüber anderen in- und ausländischen Verbänden, gegenüber verschiedenen politischen Instanzen und in der Öffentlichkeit.

Der Bundesverband ist auch Träger der Einlagensicherung, „... die den Kunden der angeschlossenen privaten Banken einen praktisch vollen Einlagenschutz bietet.“<sup>1</sup> Da die Merkur Bank Mitglied im Einlagensicherungsfonds des BdB ist, unterliegt sie regelmäßigen Prüfungen durch den Prüfungsverband deutscher Banken e.V.

Darüber hinaus führt die Gesellschaft für Bankbeurteilung im privaten Bankgewerbe mbH (GBB), eine Tochtergesellschaft des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. seit 1996 Klassifizierungen (A,B,C) nach Bonitätskriterien durch. Die MERKUR BANK GmbH & Co. KG wurde für die Jahre 1996 und 1997 jeweils der höchsten Klasse (A) zugeordnet.

## **Rechtsstreitigkeiten**

Gerichts- oder Schiedsverfahren, die einen erheblichen Einfluß auf die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft haben können, sind bei der Gesellschaft nicht anhängig oder angedroht und waren auch in den letzten zwei Geschäftsjahren nicht zu führen. Aus heutiger Sicht sind keine Tatsachen bekannt, die zu solchen Rechtsstreitigkeiten führen könnten.

## **Steuerliche Betriebsprüfung**

Die letzte steuerliche Betriebsprüfung fand zwischen November 1997 und Juni 1998 statt und betraf die Jahre 1990 bis 1996. Die Prüfung erstreckte sich auf die gesonderte und einheitliche Gewinnfeststellung, die Gewerbesteuer, den Einheitswert des Betriebsvermögens, die Umsatzsteuer und die

<sup>1</sup> Aus: Selbstdarstellung des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. im Internet unter [www.bdb.de](http://www.bdb.de).

Investitionszulagen. Die Ergebnisse der Betriebsprüfung wurden bereits in ausreichender Höhe im Jahresabschluß 1997 berücksichtigt.

Die Steuererklärungen 1997 sind mit Ausnahme der Umsatzsteuererklärung, in der noch Erkenntnisse der Betriebsprüfung eingearbeitet werden müssen, beim Finanzamt eingereicht. Bisher wurden Bescheide über die gesonderte und einheitlichen Feststellung von Grundlagen für die Einkommensbesteuerung und über den einheitlichen Gewerbesteuermeßbetrag -beide unter dem Vorbehalt der Nachprüfung- erlassen.

## **Jahresabschluß und Gewinnverwendung**

Die Geschäftsleitung hat in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres den Lagebericht und den Jahresabschluß für das vergangene Geschäftsjahr aufzustellen und dem Abschlußprüfer vorzulegen. Der geprüfte Jahresabschluß ist dem Aufsichtsrat zusammen mit dem Prüfungsbericht und einem Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns vorzulegen.

Nach Eingang des Berichts des Aufsichtsrates hat die Geschäftsleitung unverzüglich die ordentliche Hauptversammlung einzuberufen. Sie beschließt über die Feststellung des Jahresabschlusses. Der Beschluß bedarf der Zustimmung der persönlich haftenden Gesellschafter.

Das wie nachfolgend beschrieben ermittelte Ergebnis der Gesellschaft wird zwischen den persönlich haftenden Gesellschaftern und den Aktionären im Verhältnis der Komplementäreinlagen zum Grundkapital aufgeteilt. Grundlage der Berechnung ist dabei das in der Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft ausgewiesene Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, jedoch ohne Ansatz des auf die Vermögenseinlage der persönlich haftenden Gesellschafter entfallenden Ergebnisanteils als Aufwand oder Ertrag, unter Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses sowie vermindert um den Ansatz der Steuern mit Ausnahme der Körperschaftsteuer nebst etwaiger Zuschläge und etwaiger Vermögensteuer und sonstiger nicht abzugsfähiger Substanzsteuern mit etwaigen Zuschlägen.

Die Geschäftsleitung kann bei Aufstellung des Jahresabschlusses bis zur Hälfte des Jahresüberschusses sowie einen entsprechenden Teilbetrag aus dem Ergebnisanteil der persönlich haftenden Gesellschafter in die anderen Gewinnrücklagen einstellen, so daß die Einstellung in die Gewinnrücklagen zu Lasten der Ergebnisanteile der Kommanditaktionäre und der persönlich haftenden Gesellschafter dem Verhältnis zwischen Grundkapital und Komplementärkapital entspricht. Analog dazu kann die Geschäftsleitung bei Aufstellung des Jahresabschlusses Beträge aus den anderen Gewinnrücklagen zu Gunsten der jeweiligen Ergebnisanteile entnehmen.

Die Hauptversammlung kann im Beschluß über die Verwendung des Bilanzgewinns weitere Beträge in analoger Weise in andere Rücklagen einstellen oder als Gewinn vortragen. Im übrigen wird der Bilanzgewinn an die Aktionäre ausgeschüttet.

Ein auf die persönlich haftenden Gesellschafter entfallender positiver Ergebnisanteil kann entnommen werden, ein negativer Anteil wird auf dem jeweiligen Verlustvortragskonto verbucht.

## **Abschlußprüfer**

Abschlußprüfer der Rechtsvorgängerin der MERKUR BANK KGaA war die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft C&L Deutsche Revision AG, Elsenheimerstraße 31, 80687 München, die den Jahresabschluß zum 31.12.1997, 31.12.1996 und 31.12.1995 geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen hat. Die C&L Deutsche Revision AG hat außerdem den Bericht über die Gründungsprüfung erstellt.

Zum Abschlußprüfer der MERKUR BANK KGaA für das Geschäftsjahr 1998 ist die C&L Deutsche Revision AG, Elsenheimerstraße 31, 80687 München bestellt.

# III. Marktübersicht und Geschäftstätigkeit

## Markt, Marktposition und Wettbewerb

In den letzten drei Jahrzehnten ist in der Entwicklung der Bankenlandschaft ein Konzentrationsprozeß zu beobachten, der davon geprägt ist, daß bestehende Institute mangels Größe, Kapitalausstattung und wegen neuer gesetzlicher Vorschriften nicht mehr in der Lage sind, den immer schärfer werdenden Erfordernissen zu entsprechen. Der wachsende Konkurrenzkampf führte in den letzten drei Jahrzehnten vor allem bei den kleineren Volks-/Raiffeisenbanken und Sparkassen sowie den größeren Regionalbanken zu einer Vielzahl von Zusammenschlüssen.

Die Zahl der in der Bundesbankstatistik (Deutsche Bundesbank, Bankenstatistik Januar 1999) erfaßten Banken in Deutschland<sup>1</sup> sank seit 1977 von damals rund 6.000 innerhalb von zehn Jahren auf 4.550 (1987), um bis zum Jahresende 1997 um weitere 21% auf rund 3.600 Banken abzusinken. Seit der Gründung der MERKUR BANK (1959) hat sich die Zahl aller Kreditinstitute in Deutschland trotz der Wiedervereinigung sogar um zwei Drittel verringert.

Die Zahl der inländischen Bankstellen (Kreditinstitute inklusive ihrer inländischen Zweigstellen) entwickelte sich in diesem Zeitraum konträr und nahm um 16% von 43.800 auf 50.600 zu. Die Zahl der inländischen Zweigstellen der weniger gewordenen Kreditinstitute stieg also von 37.800 (1977) auf 47.000 (1997). Diese Entwicklung spiegelt die Konzentration in der deutschen Bankenlandschaft auf immer weniger Institute wider, die im Wettbewerb um die Kunden konkurrieren. Gemessen an der Bankendichte (Bankstellen pro Kopf der Bevölkerung) nimmt Deutschland im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz ein.

Verteilung inländischer Bankstellen auf Bank-Gruppen:

	davon entfallen auf die Bereiche				
	Gesamt	„Private Banken“	„Sparkassen“	„Genossenschaftlich organisierte Banken“	„Sonstige Institute“ <sup>2</sup>
<b>1957</b>	26.333	8,8%	35,3%	54,0%	1,9%
<b>1967</b>	37.144	11,8%	39,5%	46,6%	2,1%
<b>1977</b>	43.761	14,1%	39,7%	44,5%	1,7%
<b>1987</b>	44.458	14,9%	40,8%	43,7%	0,6%
<b>1997</b>	50.663	15,1%	39,3%	37,9%	7,7%

Zu den traditionellen Gründen für den Konzentrationsprozeß zählen der verschärfte Wettbewerb der in- und ausländischen Kreditinstitute, mit Non-Banks wie Autofinanzierungs-Gesellschaften oder mit Near-Banks in Form von Kreditkartengesellschaften sowie das Auftreten neuer Vertriebsformen (Direktbanken). Eine weitere Verschärfung des Wettbewerbs wird durch die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion und die voranschreitende Deregulierung und Globalisierung erwartet.

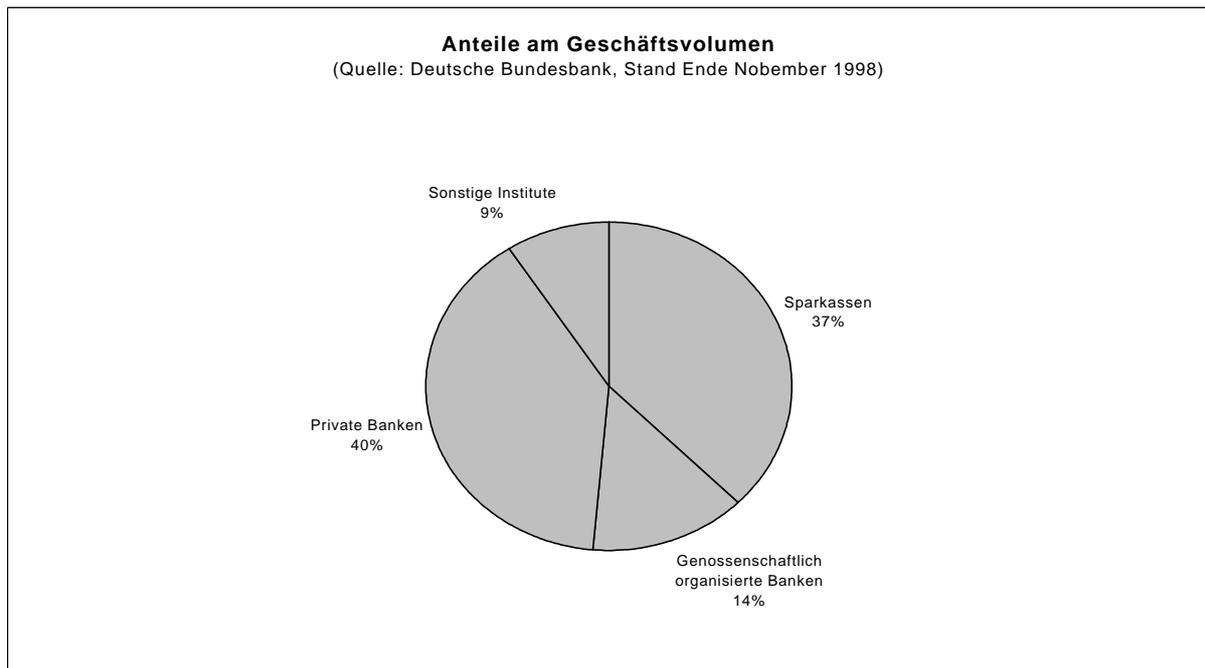
Hinzu kommt, daß der Markt durch die rasante Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie zunehmend transparenter für die Kunden wird. Die so mögliche schnelle Vergleichbarkeit von homogenen Produkten führt zu wachsendem Zins- und Renditebewußtsein.

Als Folge dieser Entwicklungen ist auf der Einnahmeseite ein anhaltender Druck auf die Zinsmarge festzustellen, wobei gleichzeitig der Kostendruck stetig steigt. Die seit Inkrafttreten der 6. KWG-Novelle (01.01.1998) veränderten rechtlichen, organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen erschweren die Bemühungen der Marktteilnehmer zusätzlich, der aufgezeigten Entwicklung durch Expansion (d.h. Volumenausweitung) entgegenzuwirken.

<sup>1</sup> Jeweils ohne Postgiro- und Postsparkassenämter bzw. die Deutsche Postbank AG und ihre inländischen Zweigstellen.

<sup>2</sup> Ab 1985 ohne die Gruppe der Teilzahlungskreditinstitute. Ab 1992 wurde der hier enthaltene Bereich Bausparkassen erweitert. Dies führte zu einem deutlich höheren relativen Anteil. Daneben sind hier u.a. Kapitalanlagegesellschaften, Wertpapiersammelbanken und Bürgschaftsbanken enthalten.

Die Bankenlandschaft in Deutschland kann in vier große Gruppen aufgeteilt werden.



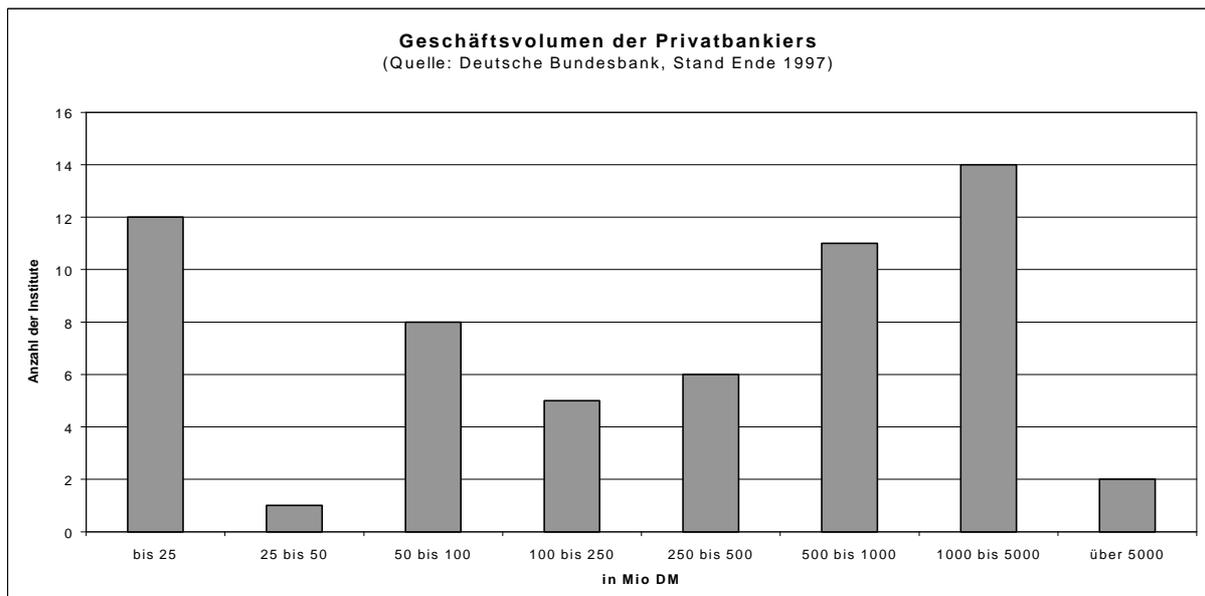
Unter dem Oberbegriff „Sparkassen“ werden neben diesen Instituten auch die Girozentralen und die öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten subsumiert. Auffällig ist, daß trotz der o.g. Vielzahl an Banken fast 40% des gesamten Geschäftsvolumens (per Ende November 1998) aller Institute auf diesen öffentlich rechtlichen Block entfällt, was in etwa seinem Anteil an den Bankstellen entspricht. Dieses erhebliche Engagement der öffentlichen Hand kann, insbesondere vor dem Hintergrund des europäischen Wettbewerbsrechts, zu Beeinträchtigungen des gemeinsamen und/oder des nationalen Marktes führen.

Öffentlich-rechtliche Banken sind wie die meisten anderen Kreditinstitute universell tätig. Eine Ausnahme bildet die Gruppe der „Sonstigen Institute“, die nur rund 9% des Geschäftsvolumens für sich verbuchen kann. Hier sind im wesentlichen Kreditinstitute mit Sonderaufgaben zusammengefaßt.

Mit einem Anteil von gut 11% am Geschäftsvolumen kommt den drei privaten Großbanken, anders als landläufig angenommen, keine marktbeherrschende Position zu. Zusammen mit den anderen Groß- und Regionalbanken, den Privatbankiers, den Zweigstellen ausländischer Banken sowie den privaten Hypothekenbanken bilden sie die Gruppe der „Privaten Banken“, auf die ebenfalls 40% des Geschäftsvolumens entfällt.

Unter den „Genossenschaftlich organisierten Banken“ werden die Genossenschaftlichen Zentralbanken und die Kreditgenossenschaften zusammengefaßt. Ihr Anteil am Geschäftsvolumen belief sich zuletzt auf rund 14%.

Die MERKUR BANK KGaA zählt derzeit zu den Privatbankiers, von denen noch knapp 60 in Deutschland tätig sind, die wirtschaftlich aber oft zu einem Bank-Konzern gehören. Sie gehört zu den 19% der Privatbankiers, deren Geschäftsvolumen zwischen DM 500 Mio. und DM 1.000 Mio. liegt. Die Mehrzahl (55%) der Privatbanken weist Volumina aus, die unter DM 500 Mio. -bei gut einem Fünftel sogar unter DM 25 Mio.- liegen. Nur bei einem Viertel der Institute wird die Milliardengrenze überschritten.



Die Gesellschaft ist eine Universalbank, d.h. sie betreibt das Einlagen- und Kreditgeschäft, den Zahlungsverkehr und das Wertpapiergeschäft. Dabei ist sie mit etwa 12.000 Privatkunden sowie überwiegend mittelständischen Unternehmen verbunden.

Den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der MERKUR BANK KGaA bildet das Kreditgeschäft mit den wichtigsten Teilbereichen Bauträgerfinanzierung, Refinanzierung von Leasinggesellschaften, Betriebsmittel- und Investitionskredite an vornehmlich mittelständische Unternehmer sowie Sonderkredite der Deutschen Ausgleichsbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (z.B. Eigenkapital-Ergänzungs-/Hilfedarlehen). Weiterhin kommt dem Einlagengeschäft (Ausgabe von Sondersparformen) erhebliche Bedeutung zu.

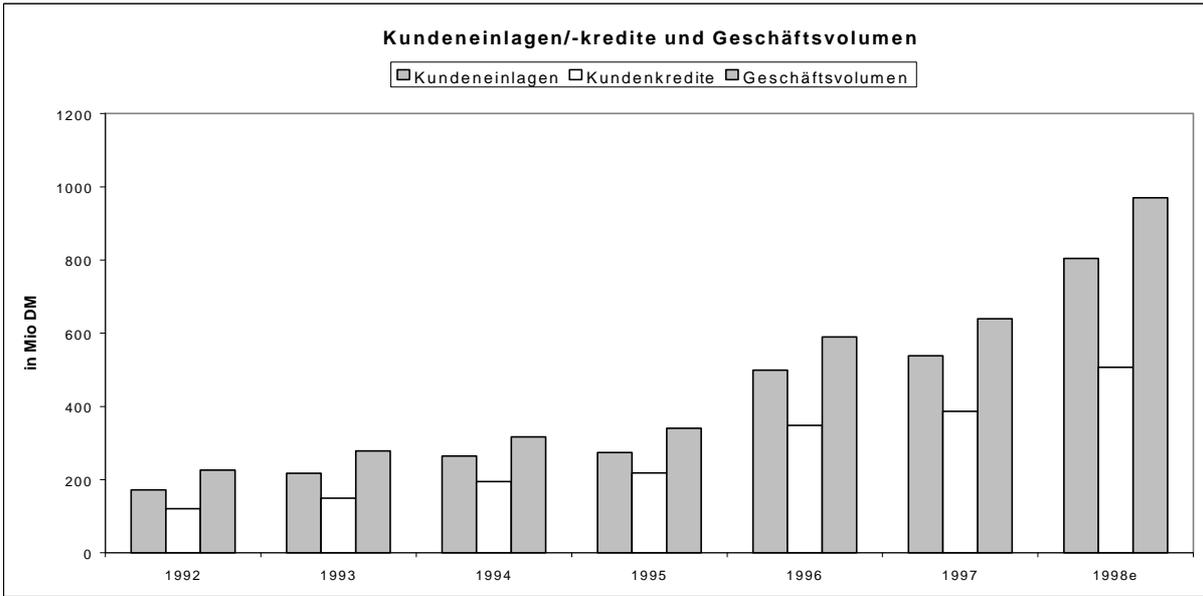
Außerdem vertreibt die MERKUR BANK KGaA Bausparverträge der Bausparkasse Schwäbisch Hall AG sowie seit dem 01.04.1998 Versicherungsverträge der R+V Versicherung AG.

Die Privatbanken versuchen, sich deutlich von den weltumspannenden Konzernen zu unterscheiden. Auch die MERKUR BANK KGaA sucht ihre Chance in der Konzentration auf ausgesuchte Tätigkeitsbereiche, in der Spezialisierung auf Geschäftsfelder, auf denen sie die Vorzüge ihrer Arbeit (Flexibilität, Individualität, Schnelligkeit etc.) deutlich machen kann und in der Betonung der Nähe zu ihrer Klientel. Ohne das Universal-Bankgeschäft zu vernachlässigen, wird sich die Gesellschaft auch in Zukunft an allen Standorten auf ihre o.g. Spezialgebiete konzentrieren, wo sie seit Jahren erfolgreich tätig ist. Mit der Anfang 1999 eingegangenen Kooperation mit der Baader Wertpapierhandelsbank AG, München, tritt die Merkur Bank in ein neues Geschäftsfeld ein. Dabei sollen die umfangreichen Beziehungen der Gesellschaft mit dem Know-how der Baader Wertpapierhandelsbank auf dem Gebiet der Neuemissionen sowohl bei deren Finanzierung als auch bei deren Plazierung kombiniert werden. Auf diese Weise will die Merkur Bank künftig von dem Potential an börsenreifen, kleinen und mittelständischen Unternehmen, das sich unter ihrer Kundschaft befindet profitieren.

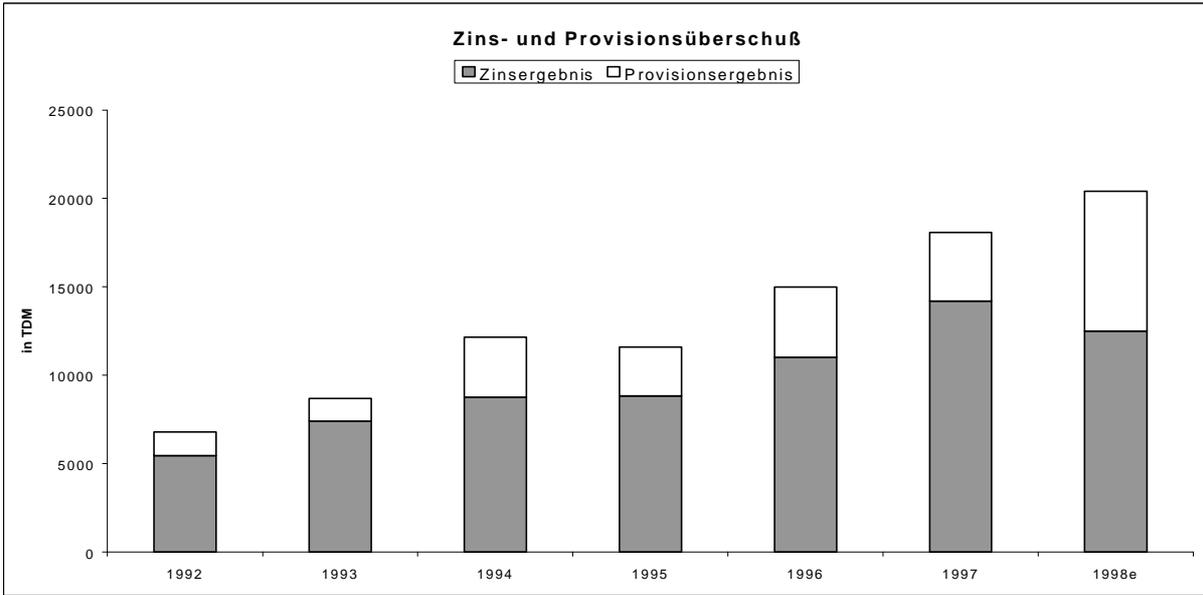
## Geschäftsvolumen/Zins- und Provisionsergebnis

Nach den bisher schon deutlichen jährlichen Steigerungen des Geschäftsvolumens gelang der Gesellschaft im Jahr 1998 eine weit überdurchschnittliche Geschäftsausweitung.

Insbesondere wegen der traditionell vielen Anfragen verschiedener Bauträgergesellschaften zum Jahresende 1998 stiegen die Bürgschaftsausreichungen stark an. Diese waren Voraussetzung dafür, daß die Kunden der Bauträger Vorauszahlungen auf den Kaufpreis von Immobilien leisteten, die nur so steuerlich noch für 1998 optimal genutzt werden konnten (auslaufende Sonderabschreibungen). Dieses Szenario führte sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite der Bilanz zu überproportionalen Zuwächsen bei den Kundeneinlagen sowie den Kundenkrediten. Das Geschäftsvolumen wuchs auf voraussichtlich über DM 900 Mio. an.



Diese positive Entwicklung fand auch im Provisions- bzw. Zinsergebnis ihren Niederschlag. Zwar dürfte sich das Zinsergebnis, dem allgemeinen Trend der Branche folgend, 1998 etwas verschlechtert haben, was durch eine deutliche Verbesserung des Provisionsergebnisses allerdings überkompensiert wurde. Einen weiteren Impuls in diesem zinsunabhängigen Geschäftszweig erwartet die Geschäftsleitung von der o.g. Kooperation mit der Baader Wertpapierhandelsbank AG.



## Niederlassungen/Zweigstellen

Die MERKUR BANK KGaA unterhält derzeit neben ihrer Hauptverwaltung in München fünf Niederlassungen bzw. Zweigstellen, vier davon in den Neuen Bundesländern.

Ort	Gründung	Mitarbeiter	Eigentum/Miete
<b>München</b> Bayerstraße 33	1959	43	Gebäude auf eigenem Grund und Boden.
<b>Ingolstadt</b> Steuartstraße 1	1989	8	Gebäude auf eigenem Grund und Boden.
<b>Auerbach/Vogtland</b> Nicolaistraße 10	1991	15	Gemietete Räume.
<b>Treuen</b> Kirchgasse 1	1993	4	Gebäude auf eigenem Grund und Boden.
<b>Jena</b> Markt 10	1996	7	Gemietete Räume.
<b>Weimar</b> Wielandstraße 2	1998	5	Gemietete Räume.

## Investitionen

Die MERKUR BANK KGaA hat in den letzten Jahren, vor allem seit dem Beginn der Eröffnung neuer Niederlassungen/Zweigstellen in Thüringen und Sachsen eine verstärkte Investitionstätigkeit entfaltet. 1997 erwarb die Bank für TDM 7.500 (incl. Nebenkosten) den Grund und Boden in München, auf dem das bisher schon im Eigentum der Gesellschaft befindliche Gebäude der Hauptverwaltung liegt (vgl. Abschnitt „Immobilien“). Im Jahr 1998 wurde die Niederlassung in Weimar eröffnet, die mit Kosten für Einbauten im Gebäude in Höhe von TDM 460 verbunden war.

Im laufenden Jahr plant die MERKUR BANK KGaA, vor allem dem gestiegenen Geschäftsvolumen Rechnung zu tragen und sich personell und räumlich zu vergrößern. Für den Ausbau bzw. die Erweiterung ihrer Geschäftsräume in der Hauptverwaltung in München veranschlagt die Geschäftsleitung rund TDM 1.000.

Neben den Ausgaben für „Grund und Boden“ wurden von der Gesellschaft im Jahr 1998 erhebliche Mittel in die EDV-Anlage sowie Software investiert (TDM 877). Zur Verbesserung ihres Leistungsspektrums und der Wettbewerbsposition bietet die Bank seit Mitte 1998 einen Teil ihres Dienstleistungsangebots als Homebanking-Version über das Internet an. Schätzungen zufolge beträgt das Marktpotential der Kunden, die den daraus resultierenden Möglichkeiten positiv gegenüberstehen, in Deutschland rund 10 Millionen. Um nachhaltig daran partizipieren zu können, sind die hohen Anforderungen an die zugrundeliegende Technik und die Verfahren zu erfüllen. Die Systeme müssen kundenfreundlich, sicher (Datenschutz) und den jeweiligen rechtlichen Vorschriften entsprechend konzipiert sein.

Darüber hinaus hat sich die MERKUR BANK KGaA rechtzeitig auf die System-Veränderungen der EDV-Anlagen vorbereitet, die mit dem Jahr-2000-Thema sowie der EURO-Umstellung zusammenhängen. Mit den 1998 getätigten Investitionen sollten die Voraussetzungen für reibungslose Umstellungen geschaffen sein.

	1997 in TDM	1998v in TDM	1999e in TDM
Grundstücke/Gebäude	7.500	460	700
EDV (Soft- und Hardware)	--	877	--
Betriebs- und Geschäftsausstattung	400	150	300
Sonstiges/Ersatzinvestitionen	163	345	200
<b>Gesamt</b>	<b>8.063</b>	<b>1.832</b>	<b>1.200</b>

e= erwartet

v= vorläufig

## Immobilien

Im Jahr 1997 erwarb die Gesellschaft den bis dahin im Erbbaurecht befindlichen Grund und Boden des Grundstücks Bayerstraße 33 (683 m<sup>2</sup>), auf dem sich das Gebäude der Hauptverwaltung befindet. Die MERKUR BANK KGaA verfügt somit derzeit über eigenen Immobilienbesitz in München, Ingolstadt und Treuen/Vogtland.

Die dort gelegenen Gebäude dienen überwiegend als Bankgeschäftsräume werden aber teilweise auch zu gewerblichen Zwecken an Dritte vermietet.

Hervorzuheben sind die stillen Reserven, die insbesondere im Grundvermögen Bayerstraße 33, München, liegen. Das unter den Sachanlagen zum 31.12.1997 mit rund TDM 12.550 Restbuchwert ausgewiesene Grundvermögen in München hat laut Gutachten des von der Bank beauftragten Sachverständigenausschusses vom 24.02.1997 einen Beleihungswert nach § 12 Hypothekengesetz von TDM 25.000 bzw. einen Verkehrswert von TDM 29.000, woraus sich erhebliche stille Reserven zwischen TDM 12.450 und TDM 16.450 ableiten lassen.

## Personal

Die MERKUR BANK KGaA beschäftigte im Jahr 1997 durchschnittlich 77 (im Vorjahr 68) Mitarbeiter. Die Zahl der Angestellten - ohne die beiden Geschäftsführer - belief sich dabei auf 67 (59) und die der Auszubildenden auf 8 (7).

Ende 1998 beschäftigte die Bank 82 Mitarbeiter, wovon 51 in den alten und 31 in den neuen Bundesländern beschäftigt waren. Die Zahl der Auszubildenden belief sich auf fünf. Das Durchschnittsalter der gesamten Belegschaft lag bei 35 Jahren, wobei das der Mitarbeiter im Ostteil Deutschlands bei 30 Jahren, im Westen dagegen bei 38 Jahren lag. Das durchschnittliche Alter der sechs Führungskräfte (Geschäftsleitung und Prokuristen) betrug zum Betrachtungszeitpunkt 52 Jahre. Fast drei Viertel der jungen und motivierten Belegschaft hat eine Ausbildung zum Bankkaufmann/-frau.

## Historischer Überblick

- 1959** Gründung der Gesellschaft durch Dr. Zanwel Horowicz, seinen Bruder Motek und dessen Ehefrau Hela Horowicz unter der Firma MERKUR-BANK Horowicz KG. Hauptanteil an der Geschäftstätigkeit hatte der Verkauf von Goldmünzen und Sorten. Bilanzsumme der Bank am Ende des Jahres TDM 637.
- 1963** Umzug in das Gebäude Bayerstraße 33.
- 1985** Tod des Komplementärs Motek Horowicz und Fortführung der Bank durch seine Frau.
- 1986** Veräußerung der Gesellschaftsanteile an der MERKUR-BANK Horowicz KG zu Beginn des Jahres, gleichzeitig Eintritt der Merkur-Bank Beteiligungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin sowie fünf weiterer Kommanditisten. Bilanzsumme der Bank am Jahresanfang DM 27,2 Mio.
- 1989** Übernahme von Teilbereichen der Bankhaus Sinzinger KG in Ingolstadt. Bilanzsumme der Bank am Jahresende DM 114,6 Mio.
- 1991** Eröffnung der Niederlassung in Auerbach/Vogtland und damit Beginn der räumlichen Expansion in die neuen Bundesländer. Bilanzsumme der Bank am Jahresende DM 179,8 Mio.
- 1993** Eröffnung der Zweigstelle in Treuen. Bilanzsumme der Bank am Jahresende DM 307,2 Mio.
- 1996** Eröffnung der Niederlassung in Jena. Bilanzsumme der Bank am Jahresende DM 555,9 Mio.
- 1998** Eröffnung der Niederlassung in Weimar. Bilanzsumme der Bank am Jahresende voraussichtlich DM 900 Mio.
- 1999** Einbeziehung in den Geregelteten Markt der Bayerischen Börse in München.

# IV. Hinweise für den Anleger

## Anlageerwägungen

Bevor eine Anlageentscheidung zugunsten von Aktien getroffen wird, sollten die Risiken, welche mit einer solchen Entscheidung einhergehen, sorgfältig abgewogen werden. Ziel der nachstehenden Ausführungen ist es, dem Anleger einen kurzen Überblick über das Risikoprofil der Aktie zu vermitteln. Dieser kann jedoch angesichts der Komplexität wirtschaftlicher Vorgänge nur die wesentlichen Risikofaktoren berücksichtigen. Um eine Einschätzung vornehmen zu können, sollten die folgenden Ausführungen sowie die im Verkaufsprospekt enthaltenen weiteren Informationen sorgfältig gelesen und geprüft werden.

## Risikofaktoren

### Konjunkturrisiko

Unter dem Konjunkturrisiko wird die Gefahr von Kursverlusten verstanden, die dadurch entstehen, daß die Konjunkturentwicklung nicht oder nicht zutreffend bei der Anlageentscheidung berücksichtigt und dadurch zum falschen Zeitpunkt eine Wertpapieranlage getätigt wird oder Wertpapiere in einer ungünstigen Konjunkturphase gehalten werden.

### Inflationsrisiko

Das Inflationsrisiko beschreibt die Gefahr, daß infolge einer Geldentwertung ein Vermögensschaden eintritt. Dem Risiko unterliegt zum einen der Realwert des vorhandenen Vermögens, zum anderen der reale Ertrag, der mit dem Vermögen erwirtschaftet werden soll.

### Risiko bei kreditfinanzierten Wertpapierkäufen

Kreditfinanzierte spekulative Engagements sollten, selbst bei hoher Risikofreude, einen bestimmten Teil der Anlage nicht übersteigen. Nur so bleibt gewährleistet, daß Wertpapiere nicht in ein Börsentief hinein verkauft werden müssen, weil Liquidität geschaffen werden muß oder die Börsenlage unsicher geworden ist.

### Steuerliche Risiken

Änderungen im Steuerrecht eines Landes, die die Einkommenssituation eines Kapitalanlegers und/oder die Ertragslage von Unternehmen betreffen, können positive wie negative Auswirkungen auf die Kursentwicklung am Kapitalmarkt haben. Es ist ratsam, sich vor jeder Investition über die steuerliche Behandlung bzw. die steuerlichen Risiken der beabsichtigten Anlage genau zu informieren und sich zu vergewissern, ob diese Anlage auch unter diesem individuellen Aspekt den persönlichen Erwartungen gerecht wird.

### Gesetzgeberische Risiken

Durch die Änderungen von Gesetzen und/oder Verordnungen können die Marktaktivitäten eines Unternehmens sowohl positiv als auch negativ beeinflusst werden. Es können dadurch neue Marktteilnehmer als Konkurrenten in Erscheinung treten, andererseits aber auch die wirtschaftlichen Grundlagen für die Geschäftsaktivitäten verschlechtert, im Extremfall sogar entzogen werden.

### Spezielle Risiken

Die Gesellschaft gibt keine Zusagen oder Garantien für die aktuelle und zukünftige Gewinnsituation, die Zahlung von Dividenden oder die Rückzahlung von Eigenkapital. Bestehen beim Kauf der Aktien Zweifel, sollte eine Bank, ein Finanz- oder sonstiger fachkundiger Berater aufgesucht werden.

### Unternehmerisches Risiko (Konkurs- oder Insolvenzrisiko)

Der Käufer einer Aktie ist kein Gläubiger, sondern Eigenkapitalgeber und damit Mitinhaber der Aktiengesellschaft. Mit dem Erwerb der Aktie beteiligt er sich an der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft. Er wird quasi Unternehmer und eröffnet sich die damit verbundenen Chancen, trägt aber zugleich die Risiken. Das unternehmerische Risiko enthält die Gefahr, daß sich das Investment anders entwickelt als ursprünglich erwartet. Auch kann nicht mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß man das eingesetzte Kapital zurückerhält. Im Extremfall, d.h. beim Konkurs des Unternehmens, kann ein Aktieninvestment einen vollständigen Verlust des Anlagebetrages bedeuten, zumal Aktionäre im Konkursfall erst nach der Befriedigung aller Gläubigeransprüche am Liquidationserlös beteiligt werden.

## **Unternehmensspezifisches Risiko**

Das unternehmensspezifische Risiko bezeichnet das Risiko einer rückläufigen Kursentwicklung bei einer Aktie aufgrund von Faktoren, die unmittelbar oder mittelbar die emittierende Gesellschaft betreffen. Ursachen einer solchen aktienspezifischen Kursentwicklung können in der betriebswirtschaftlichen Situation der Gesellschaft liegen und z.B. in falschen Managemententscheidungen begründet sein.

## **Die Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA)**

Die KGaA ist eine Kapitalgesellschaft, die sowohl gesellschaftsrechtliche als auch steuerrechtliche Elemente einer Personengesellschaft aufweist. Die Aktionärsrechte bei einer KGaA unterscheiden sich v.a. wegen der persönlichen Haftung des Komplementärs zum Teil wesentlich von denen einer Aktiengesellschaft. Daneben sind den persönlich haftenden Gesellschaftern teils durch die Satzung, teils durch die gesetzlichen Bestimmungen zur KGaA (§§ 278 bis 290 AktG) Sonderrechte eingeräumt. Zu nennen sind dabei v.a. folgende Punkte:

- Auch ohne eine Bestellung durch den Aufsichtsrat oder die Hauptversammlung der Gesellschaft sind die persönlich haftenden Gesellschafter zur Geschäftsführung berechtigt.
- Einer Zustimmung des Aufsichtsrats bei wichtigen Entscheidungen der Geschäftsleitung, wie sie bei einer Aktiengesellschaft üblicherweise durch Satzung oder Geschäftsordnung vorgesehen ist, bedarf es bei der KGaA nicht. Die Möglichkeit des Aufsichtsrats, einen Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte für die Geschäftsleiter zu erlassen, besteht ebenfalls nicht.
- Gemäß § 286 Abs. 1 AktG ist der Aufsichtsrat nicht an der Feststellung des Jahresabschlusses beteiligt.
- Die Beschlüsse der Hauptversammlung bedürfen, mit Ausnahme der in § 285 AktG genannten Maßnahmen, der Zustimmung der persönlich haftenden Gesellschafter.
- Das nach den Vorschriften der Satzung ermittelte Ergebnis der Gesellschaft wird zwischen den Komplementären und den Kommanditaktionären im Verhältnis der Vermögenseinlagen zum Grundkapital aufgeteilt (vgl. dazu „Angaben zur Gesellschaft - Jahresabschluß und Gewinnverwendung“).
- Die persönlich haftenden Gesellschafter sind berechtigt, ihren Kapitalanteil ganz oder teilweise in Grundkapital umzuwandeln (vgl. dazu „Angaben zur Gesellschaft – Kapitalverhältnisse“).
- Die Kommanditaktionäre sind nicht berechtigt, Handlungen der Komplementäre zu widersprechen, die über den gewöhnlichen Betrieb des Handelsgewerbes der Gesellschaft hinausgehen.
- Solange der Inhaber der Namensaktie kein persönlich haftender Gesellschafter ist, steht ihm das Recht und die Pflicht zu, jeweils ein Drittel aller Aufsichtsratsmitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Die Hauptversammlung kann lediglich die restlichen Mitglieder wählen.
- Die persönlich haftenden Gesellschafter haben im Gegensatz zu den Kommanditaktionären laut Satzung die Möglichkeit, die Gesellschaft zu kündigen. Eine Kündigung durch einen Komplementär führt zu dessen Ausscheiden aus der Gesellschaft. Es ist denkbar, daß nach einer Kündigung kein neuer persönlich haftender Gesellschafter in die Gesellschaft eintritt oder in einem Extremfall der letzte verbliebene Komplementär ausscheidet. Die Satzung der Bank sieht für diesen Fall vor, daß die Gesellschaft - im Falle eines entsprechenden Beschlusses der Hauptversammlung zum Formwechsel - als Aktiengesellschaft fortgesetzt wird.

## **Spezielle Risiken MERKUR BANK KGaA**

- Die Gesellschaft benötigt zur Durchführung ihrer Tätigkeiten die Erlaubnis des BAKred. Die Genehmigung ist von der Einhaltung der entsprechenden gesetzlichen Vorschriften abhängig. Eventuelle Regelverstöße können sanktioniert werden. Im Extremfall kann es zum Entzug der Erlaubnis zum Betrieb von Bankgeschäften (§ 1 Abs. 1 KWG) und zur Erbringung von Finanzdienstleistungen (§ 1 Abs. 1a KWG) kommen.  
Hinzu kommt, daß neue gesetzliche oder aufsichtsrechtliche Regelungen erlassen werden können, die zu Belastungen des Geschäftsbetriebs der MERKUR BANK KGaA führen können. Es ist nicht auszuschließen, daß durch die sich ständig vermehrenden gesetzlichen oder aufsichtsrechtlichen Normen und die wachsenden Anforderungen an die Aufklärungs- und Beratungspflicht der Banken zusätzliche Kosten (Personal/Technik) entstehen, die die Ertragslage der Gesellschaft beeinträchtigen können.
- Für einen ordnungsgemäßen und sicheren Geschäftsbetrieb sowie zur Aufrechterhaltung der Betriebserlaubnis durch das BAKred ist ein effizientes Controllingsystem erforderlich. Weiter erforderlich werdende Investitionen in Risikocontrollingsysteme können sich negativ auf das Ergebnis der Gesellschaft auswirken. Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, daß es trotz aller interner und externer Kontrollen durch Kompetenzüberschreitungen einzelner Mitarbeiter zu nicht unmittelbar erkennbaren Schäden für die Bank kommt.

- Die vorgesehenen neuen Aktivitäten im Bereich Beteiligungserwerb und spätere Plazierung über die Börse könnten die Gefahr beinhalten, daß einzelne erworbene Beteiligungen die „Börsenreife“ erst zu einem späteren Zeitpunkt als geplant erreichen und dadurch liquide Mittel länger gebunden werden und geplante Erträge erst zu einem späteren Zeitpunkt anfallen. Im negativsten Fall könnte es auch vorkommen, daß eine Beteiligung wertberichtigt werden muß.
- Der Erfolg der Gesellschaft wird auch in Zukunft von den Mitgliedern der Geschäftsleitung und anderen Angestellten in Schlüsselpositionen abhängen. Dies gilt in besonderem Maß in Bezug auf die Person des persönlich haftenden Gesellschafters, Herrn Siegfried Lingel. Der Erfolg der Bank wird weiterhin maßgeblich von seiner Mitarbeit abhängen.
- Die Gesellschaft trifft u.a. im Abschnitt Geschäftsgang und Aussichten zum Geschäftsjahr 1999 Aussagen zu ihrer weiteren Entwicklung, für deren Eintreffen keine Gewährleistung übernommen werden kann. Es handelt sich um Planungen der Gesellschaft, deren Eintreffen von diversen wirtschaftlichen Faktoren abhängig ist und nicht garantiert werden kann.
- Die Branchenstruktur des Kreditportfolios der MERKUR BANK KGaA könnte sich als nachteilig erweisen. Der derzeitige Schwerpunkt kurzfristige Bauträgerfinanzierung und die starke Ausrichtung dieses Geschäfts auf die neuen Bundesländer war in der Vergangenheit ein wesentlicher Bestandteil des Wachstums der Gesellschaft. Nicht zuletzt durch die hervorragende Kenntnis der Branche und die guten Kontakte zur Bauwirtschaft haben Kreditausfälle zu keinen signifikanten Ergebnisbelastungen geführt. Gerade dieser Wirtschaftszweig ist stark zyklisch und die zukünftige Entwicklung dieses Geschäftsbereichs bei der MERKUR BANK KGaA unmittelbar damit verbunden. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß eine Verschlechterung der Lage in der Baubranche die Ertragslage der Gesellschaft beeinträchtigt.
- Das Kreditausfallrisiko kann sich durch drastische Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer als nicht genügend abgedeckt erweisen und zu erheblichem Abschreibungsbedarf führen, der das Ergebnis beeinflussen kann. Nachteilig kann sich hier die Größenklassenstruktur des Kreditportfolios (mit gut 50% Großkrediten) erweisen.
- Auch nach der öffentlichen Plazierung der Inhaberstammaktien aus der Kapitalerhöhung vom Februar 1999 und der Aufnahme des Handels im Geregeltten Markt der Bayerischen Börse in München besteht weiterhin ein beherrschender Einfluß der Gründungsaktionäre (sowie der persönlich haftenden Gesellschafter) auf alle Entscheidungen, die der Zustimmung der Aktionäre bedürfen. Dieser Einfluß wird verstärkt durch die Tatsache, daß die mit Sonderrechten ausgestattete Namensaktie nicht an der Börse gehandelt wird und nicht ohne Zustimmung der Gesellschaft übertragen werden kann. Die Konzentration des Aktieneigentums kann zur Folge haben, daß eine Änderung der Unternehmenskontrolle verzögert oder verhindert wird.
- Die von der MERKUR BANK KGaA auf externe Dritte erfolgte Übertragung von internen Organisationsaufgaben, administrativen Tätigkeiten und EDV-Dienstleistungen sind grundsätzlich vor dem Hintergrund des § 25a KWG unbedenklich. Da alle zugrunde liegenden Verträge aus der Zeit vor dem 01.01.1998 und damit vor der Änderung des KWG stammen, sind diese ggf. an die neue Gesetzeslage anzupassen, da sonst Verwarnungen und Untersagungsanordnungen ausgesprochen werden können.
- An eine -auch teilweise- Ausgliederung von banktypischen Aufgaben sind inhaltliche Voraussetzungen und Anzeigepflichten gemäß § 25 a Abs. 2 KWG geknüpft. Deren Nichtbeachtung kann dazu führen, daß Verwarnungen und Untersagungsanordnungen ausgesprochen werden.
- Es ist denkbar, daß bei Kündigungen bzw. -beendigungen derartiger Verträge nicht rechtzeitig ein neuer, qualifizierter Partner gefunden werden kann. Die Möglichkeit, daß sich dabei die Vertragskonditionen zu Ungunsten der MERKUR BANK KGaA verändern, kann ebenfalls nicht ausgeschlossen werden.
- Da die MERKUR BANK KGaA erst im August 1998 in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft auf Aktien gegründet wurde, wurden bisher noch keine Dividenden ausgeschüttet. Zukünftige Dividendenzahlungen erfolgen in Abhängigkeit von der Ertragslage der Gesellschaft, ihrer finanziellen Lage, dem Barmittelbedarf, der allgemeinen Geschäftslage und vom rechtlichen, steuerlichen und regulativen Umfeld.

## **Volatilität des Marktkurses**

Vor dem öffentlichen Angebot gab es keinen öffentlichen Markt für Aktien der Gesellschaft. Der Verkaufspreis wurde durch die Baader Wertpapierhandelsbank AG im Einvernehmen mit der Gesellschaft bestimmt. Es kann keine Gewähr dafür übernommen werden, daß der Verkaufspreis der Aktien dem Preis entspricht, zu dem die Aktien im Anschluß an das Angebot im Geregeltten Markt der Börse München gehandelt werden, oder daß sich ein aktiver Handel in den Aktien ergibt und nach dem Angebot fortsetzen wird.

Änderungen der Betriebsergebnisse der Gesellschaft und der Konkurrenten sowie Änderungen der allgemeinen Lage der Branche, der Gesamtwirtschaft und der Finanzmärkte können erhebliche Kurschwankungen bei den notierten Aktien hervorrufen. Generell haben Wertpapiermärkte in den letzten Jahren deutliche Kurs- und Umsatzschwankungen erfahren. Solche Schwankungen können sich in Zukunft ungeachtet der Betriebsergebnisse oder der Finanzlage der Gesellschaft auf den Kurs der notierten Aktien vor- und nachteilig auswirken. Ferner wird darauf hingewiesen, daß die Aktie aufgrund ihres relativ kleinen Plazierungsvolumens über ein hohes Liquiditätsrisiko verfügt.



## V. Finanzteil

### Als-ob-KGaA Lagebericht für das Geschäftsjahr 1997

Der nachstehende Lagebericht entspricht im wesentlichen dem der KG mit Ausnahme der durch die Rechtsformänderung erforderlich gewordenen Anpassungen. Die Änderung der Rechtsform wurde im Hinblick auf den in naher Zukunft beabsichtigten Börsengang vorgenommen.

Die MERKUR-BANK setzte 1997 ihren erfolgreichen geschäftspolitischen Kurs fort und konnte den Anschluß an das gute Ertragsniveau der Vorjahre halten. Das Betriebsergebnis vor Bewertungsbedarf und neutralem Ergebnis stieg um 33% auf 6,5 Mio. DM. Damit gelang es der Bank erneut, das Vorjahresergebnis zu übertreffen.

Entgegen unseren noch im I. Quartal 1997 vorherrschenden Befürchtungen, daß die für das Berichtsjahr terminierten Rückflüsse mit Neugeschäft nicht voll kompensiert werden könnten, haben sich sowohl das Geschäftsvolumen (+8,5%) als auch die Bilanzsumme (+9,1%) um 50 Mio. DM erhöht.

Die Forderungen an Kunden stiegen um 38,7 Mio. DM (11,1%) auf 386,6 Mio. DM. Der Zuwachs entfiel mit 83% auf das Leasingfinanzierungs-Geschäft, welches der Bank von 20 rahmenvertraglich gebundenen Leasinggesellschaften angedient wurde.

Die Positionen Barreserve und Forderungen an Kreditinstitute erfuhren in sich zwar Verschiebungen, bewegten sich am Jahresultimo jedoch insgesamt auf Vorjahreshöhe. Das mit 7,1 Mio. DM ausgewiesene Treuhandvermögen beinhaltet im eigenen Namen und für fremde Rechnung ausgereichte Treuhandkredite. 2,2 Mio. DM entfallen auf unseren Kooperationspartner in der langfristigen Objektfinanzierung, 4,9 Mio. DM auf Förderinstitute. Die Erhöhung der Sachanlagen um 7 Mio. DM resultiert aus dem Kauf des Erbbaugrundstücks München, Bayerstraße 33.

Passivisch erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 39 Mio. DM (7,8%) auf 537,9 Mio. DM. Darin enthalten sind Spareinlagen mit 156,5 Mio. DM, die um 48,1 Mio. DM (44,4%) zugenommen haben. Der Anteil der Kundenforderungen mit 63,8% (Vj. 62,6%) bzw. der Kundeneinlagen mit 88,7% (Vj. 89,7%) an der Bilanzsumme blieb nahezu unverändert.

Im Geschäftsjahr 1997 wurde wiederum das haftende Eigenkapital gemäß § 10 KWG dem gestiegenen Geschäftsvolumen angepaßt. Die ausstehende Einlage von 1 Mio. DM auf das gezeichnete Kapital wurde termingerecht im IV. Quartal 97 erbracht. Die Gesellschafterversammlung am 07.04.1997 hat eine weitere Erhöhung des damaligen Kommanditkapitals um 2 Mio. DM auf 17,7 Mio. DM beschlossen; diese wurden im August 1998 einbezahlt. Darüberhinaus wurden aus dem Jahresüberschuss 1997 TDM 45 in die gesetzliche Rücklage und TDM 955 in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt (hiervon entfallen TDM 313 auf den Komplementäranteil und TDM 642 auf den Kommanditaktionärsanteil). Schließlich wurde im Berichtsjahr das Genußrechtskapital um TDM 2.590 (40,4%) auf 9 Mio. DM erhöht.

Das starke Wachstum im Dezember 1996 wirkte sich erst in 1997 auf die Ertragslage voll aus. Entsprechend erhöhte sich der Zinsüberschuss um 3,2 Mio. DM (28,7%) auf 14,2 Mio. DM. Dagegen stagnierte das Provisionsergebnis bei 3,9 Mio. DM. Trotz weiter um 1,5 Mio. DM (15%) auf 11,5 Mio. DM gesteigener Verwaltungskosten und ausreichender Vorsorge für alle erkennbaren und latenten Risiken verbesserte sich das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit um 1,0 Mio. DM (30,1%) auf 4,4 Mio. DM.

Nach einer um 1,1 Mio. DM höheren Steuerbelastung von 2,5 Mio. DM verblieb ein um 0,1 Mio. DM (7,7%) geringerer Jahresüberschuß, der nach Einstellung von 1 Mio. DM in die Gewinnrücklagen zu einem zur Ausschüttung zur Verfügung stehenden Bilanzgewinn von 0,2 Mio. DM führte.

Die konjunkturellen Erwartungen für das neue Jahr prognostizieren wir eher gedämpft. Dadurch könnte die erwartete Erholung der Inlandskonjunktur abgeschwächt und die Beschäftigungskrise verstärkt werden. Aufgrund dieser Eventualität rechnen wir nicht mit größeren Steigerungsraten aus dem Kundenbestand bzw. dem angestammten Einzugsgebiet. Um das Potential für Neugeschäft jedoch zu verbessern, hat die Bank im Mai ihre 6. Geschäftsstelle in Weimar/Thüringen eröffnet.

München, 30. März 1998

25. November 1998 ("Als-ob-KGaA"-Jahresabschluß)

GESCHÄFTSLEITUNG

# Als-ob-KGaA Bilanz zum 31.12.1997

AKTIVA	Als-Ob-KGaA		GmbH & Co. KG	
	1997 TDM	1997 TDM	1996 TDM	1995 TDM
<b>1. Barreserve</b>				
a) Kassenbestand	2.167	2.167	1.951	1.698
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank TDM 29.862	29.862	29.862	1.378	6.144
c) Guthaben bei Postgiroämtern	-,-	-,-	-,-	42
	<u>32.029</u>	<u>32.029</u>	<u>3.329</u>	<u>7.884</u>
<b>2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind</b>				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar -,-	-,-	-,-	-,-	-,-
b) Wechsel darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar TDM 124	124	124	609	111
	<u>124</u>	<u>124</u>	<u>609</u>	<u>111</u>
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>				
a) täglich fällig	18.493	18.493	92.309	26.748
b) andere Forderungen	<u>110.383</u>	<u>110.383</u>	<u>60.235</u>	<u>15.058</u>
	<u>128.876</u>	<u>128.876</u>	<u>152.544</u>	<u>41.806</u>
<b>4. Forderungen an Kunden</b> darunter: durch Grundpfandrechte gesichert TDM 131.695 Kommunalkredite TDM 1.375	<u>386.610</u>	<u>386.610</u>	<u>347.857</u>	<u>218.556</u>
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	-,-	-,-	-,-	-,-
ab) von anderen Emittenten	-,-	-,-	-,-	-,-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	4.997	4.997	25.890	30.947
bb) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank TDM 20.178	25.214	25.214	9.963	8.111
c) eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag	-,-	-,-	-,-	-,-
	<u>30.211</u>	<u>30.211</u>	<u>35.853</u>	<u>39.058</u>
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>	<u>3</u>	<u>3</u>	<u>3</u>	<u>124</u>
<b>7. Beteiligungen</b> darunter: an Kreditinstituten DM -,-	<u>72</u>	<u>72</u>	<u>96</u>	<u>122</u>
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b> darunter: an Kreditinstituten DM -,-	-,-	-,-	-,-	-,-
<b>9. Treuhandvermögen</b> darunter: Treuhandkredite TDM 7.141	<u>7.141</u>	<u>7.141</u>	<u>2.532</u>	<u>2.755</u>
<b>10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch</b>	-,-	-,-	-,-	-,-
<b>11. Immaterielle Anlagewerte</b>	-,-	-,-	-,-	-,-
<b>12. Sachanlagen</b>	<u>18.206</u>	<u>18.206</u>	<u>11.109</u>	<u>10.604</u>
<b>13. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital</b> darunter: eingefordert TDM 2.000 (eingezahlt im August 1998)	<u>2.000</u>	<u>2.000</u>	<u>1.000</u>	<u>-,-</u>
<b>14. Eigene Aktien oder Anteile</b> Nennbetrag DM -,-	-,-	-,-	-,-	-,-
<b>15. Sonstige Vermögensgegenstände</b>	<u>789</u>	<u>789</u>	<u>970</u>	<u>1.463</u>
<b>16. Steuer- und Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<u>337</u>	<u>337</u>	<u>21</u>	<u>21</u>
<b>17. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>	-,-	-,-	-,-	-,-
	<u><u>606.398</u></u>	<u><u>606.398</u></u>	<u><u>555.923</u></u>	<u><u>322.504</u></u>



# Als-ob-KGaA Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1997

	Als-Ob-KGaA		GmbH & Co. KG	
	1997 IDM	1997 IDM	1996 IDM	1995 IDM
<b>1. Zinserträge aus</b>				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	32.806	32.806	22.832	19.699
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>2.552</u>	<u>2.552</u>	<u>2.002</u>	<u>2.270</u>
	35.358	35.358	24.834	21.969
<b>2. Zinsaufwendungen</b>	<u>21.165</u>	<u>21.165</u>	<u>13.809</u>	<u>13.143</u>
	14.193	14.193	11.025	8.826
<b>3. Laufende Erträge aus</b>				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	-,-	-,-	-,-	-,-
b) Beteiligungen	-,-	-,-	-,-	-,-
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	-,-	-,-	-,-	-,-
<b>4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>	-,-	-,-	-,-	-,-
<b>5. Provisionserträge</b>	4.108	4.108	4.250	2.899
<b>6. Provisionsaufwendungen</b>	<u>216</u>	<u>216</u>	<u>296</u>	<u>126</u>
	3.892	3.892	3.954	2.773
<b>7. Nettoertrag oder Nettoaufwand aus Finanzgeschäften</b>	<u>132</u>	<u>132</u>	<u>86</u>	<u>105</u>
<b>8. Sonstige betriebliche Erträge</b>	<u>1.345</u>	<u>1.345</u>	<u>1.549</u>	<u>1.459</u>
<b>9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil</b>	-,-	-,-	-,-	-,-
<b>10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	6.543	5.540	4.761	4.069
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: TDM 247	1.240	1.240	1.038	834
b) andere Verwaltungsaufwendungen	<u>3.686</u>	<u>3.429</u>	<u>3.118</u>	<u>2.478</u>
	11.469	10.209	8.917	7.381
<b>11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>	<u>1.093</u>	<u>1.093</u>	<u>1.154</u>	<u>1.030</u>
<b>12. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<u>181</u>	<u>181</u>	<u>168</u>	<u>301</u>
<b>13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>	2.360	2.360	1.866	708
<b>14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>	<u>-,-</u>	<u>-,-</u>	<u>-,-</u>	<u>-,-</u>
	2.360	2.360	1.866	708
<b>15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>	50	50	26	-,-
<b>16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>	<u>-,-</u>	<u>-,-</u>	<u>-,-</u>	<u>-,-</u>
	50	50	26	0
<b>17. Aufwendungen aus Verlustübernahmen</b>	-,-	-,-	-,-	-,-
<b>18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil</b>	-,-	-,-	-,-	-,-
<b>19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>	<u>4.409</u>	<u>5.669</u>	<u>4.483</u>	<u>3.743</u>
<b>20. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (ohne Körperschaftsteuer/SolZ)</b>	998	1.168	482	603
<b>21. Sonstige Steuern</b>	<u>72</u>	<u>72</u>	<u>71</u>	<u>72</u>
	1.070	1.240	553	675
	<b>3.339</b>	<b>4.429</b>	<b>3.930</b>	<b>3.068</b>
<b>22. Auf die Komplementäre entfallender Ergebnisanteil (abzüglich TDM 313 Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen)</b>	<u>733</u>			
	<b>2.606</b>			
<b>23. Körperschaftsteuer/SolZ für den auf die Kommanditaktionäre entfallenden Ergebnisanteil</b>	<u>1.386</u>			
	<b>1.220</b>			
<b>24. Einstellungen in Gewinnrücklagen</b>				
a) in die gesetzliche Rücklage	45	-,-	-,-	-,-
b) in die Rücklage für eigene Anteile	-,-	-,-	-,-	-,-
c) in satzungsmäßige Rücklagen	-,-	-,-	-,-	-,-
d) in andere Gewinnrücklagen (incl. TDM 313 pHG-Anteil)	<u>955</u>	<u>1.000</u>	<u>700</u>	<u>300</u>
	1.000	1.000	700	300
<b>25. Bilanzgewinn/Bilanzverlust</b>	<u>220</u>	<u>3.429</u>	<u>3.230</u>	<u>2.768</u>

# Als-ob-KGaA Anhang 1997

## I. Allgemeine Angaben

### A. Formwechselnde Umwandlung

In der außerordentlichen Gesellschafterversammlung vom 21.08.1998 wurde die formwechselnde Umwandlung der Merkur-Bank GmbH & Co. KG in eine **Kommanditgesellschaft auf Aktien** einstimmig beschlossen.

Der Eintrag der Merkur Bank KGaA beim Handelsregister des Amtsgerichts München erfolgte am 18.11.1998 unter Nr. HRB 122853.

### B. Vorschriften zur Rechnungslegung

Der "Als-ob-KGaA"-Jahresabschluß zum 31.12.1997 wurde entsprechend den geltenden gesetzlichen Bestimmungen (Aktiengesetz, Rechnungslegungs-Vorschriften der Bankbilanzrichtlinie und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute-RechKredV) freiwillig erstellt, um der neuen Rechtsform der Kommanditgesellschaft auf Aktien Rechnung zu tragen.

Die Bank verwendet gemäß § 1 RechKredV i.V.m. § 2 RechKredV für die Gewinn- und Verlustrechnung das Formblatt 3 (Staffelform).

### C. Bilanzierung- und Bewertungsgrundsätze

Die **Barreserve** wurde zum Nominalbetrag ausgewiesen. Die Umrechnung der Sorten erfolgt zu den am Bilanzstichtag gültigen Sorten-Ankaufkursen.

Die **Wechsel** werden zu Anschaffungskosten ausgewiesen.

Die **Forderungen an Kreditinstitute und Kunden** wurden zu Nennwerten bilanziert, Risiken wurden durch Abschreibungen, Wertberichtigungen und Rückstellungen berücksichtigt. Dem latenten Risiko ist durch eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 0,12 % oder TDM 214 Rechnung getragen.

Die in den Positionen **Schuldverschreibung und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere festverzinsliche Wertpapiere** ausgewiesenen Papiere sind dem Bestand der Liquiditätsreserve zugeordnet, der unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet wurde.

Die **Beteiligungen** sind zu Anschaffungskosten vermindert um außerordentliche Abschreibungen bewertet.

Das **Treuhandvermögen** und die **Treuhandverbindlichkeiten** sind zu Nennwerten bilanziert.

Die **Sachanlagen** wurden zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, bei abnutzbaren Wirtschaftsgütern vermindert um planmäßige Abschreibungen bewertet.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** wurden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Marktpreis bewertet; Forderungen wurden mit dem Nennbetrag bilanziert.

Die **aktiven Steuer- und Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten anteilige Aufwendungen für die Zeit nach dem Bilanzstichtag sowie abgegrenzte latente Steuern.

Die **Verbindlichkeiten** werden, soweit sie verzinslich sind, mit ihrem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Die **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** beinhalten zeitanteilige Erträge für die Zeit nach dem Bilanzstichtag.

Die **Rückstellungen** wurden gemäß den erkennbaren Risiken sowie für ungewisse Verbindlichkeiten nach vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung dotiert.

#### D. Währungsumrechnung

Die Umrechnung von **Währungs-Forderungen/-Verbindlichkeiten** erfolgt gemäß § 340h HGB. Devisentermingeschäfte bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

## II. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Aufgliederung der **Wertpapiere**:

	Bilanzausweis	davon	
		nicht börsen-notiert	börsen-notiert
	TDM	TDM	TDM
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	30.211	0	30.211
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3	3	0

Das **Treuhandvermögen** (Treuhandkredite) betrifft den haftungsfreien Teil von Programmkrediten, die im eigenen Namen für fremde Rechnung (Kreditinstitute) an Nichtbankkunden ausgereicht wurden.

Weitere TDM 14.507 in fremdem Namen und für fremde Rechnung ausgereichte Verwaltungskredite (Eigenkapitalhilfeprogramm Neue Bundesländer) sind wie im Vorjahr gemäß § 6 Abs. 3 der RechKredV nicht in die Bilanz aufgenommen worden.

Fristengliederung der **Forderungen und Verbindlichkeiten** nach Ursprungslaufzeiten:

	TDM
<b>Andere Forderungen an Kreditinstitute</b>	
von weniger als drei Monaten	58.655
Mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	70.221
vier Jahren oder länger	0
	<b>128.876</b>
<b>Forderungen an Kunden mit vereinbarter Laufzeit</b>	
von weniger als vier Jahren	286.401
vier Jahren oder länger	100.209
	<b>386.610</b>

	<b>TDM</b>
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	
Anleihen und Schuldverschreibungen	
Von öffentlichen Emittenten	
bis zu vier Jahren	0
von mehr als vier Jahren (davon TDM 4.840 in 1998 fällig)	4.997
	4.997
Von anderen Emittenten	
bis zu vier Jahren	15.047
von mehr als vier Jahren	10.167
	25.214
	<b>30.211</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von	
weniger als drei Monaten	589
Mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	0
vier Jahren oder länger	22.245
Darunter vor Ablauf von vier Jahren fällig TDM 0	
	<b>22.834</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	
andere Verbindlichkeiten	
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von	
weniger als drei Monaten	46.692
Mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	89.621
vier Jahren oder länger	57.403
Darunter vor Ablauf von vier Jahren fällig: TDM 38.433	
	<b>193.716</b>

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch Verpfändung von nom. TDM 10.000 festverzinslichen Wertpapieren besichert.

### Anlagevermögen

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten		Abschreibungen		Restbuchwert 31.12.1997
	1.1.1997	Zugang	insgesamt	im Geschäftsjahr	
	TDM	TDM	TDM	TDM	
Sachanlagen					
Grundstücke und Gebäude	14.142	7.626	6.238	439	15.530
Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.041	437	3.802	654	2.676
	20.183	8.063	10.040	1.093	18.206
Beteiligungen	96	26	50	50	72
	<b>20.279</b>	<b>8.089</b>	<b>10.090</b>	<b>1143</b>	<b>18.278</b>

In den Gebäudeabschreibungen 1997 sind wie im Vorjahr keine Sonderabschreibungen nach dem Fördergebietsgesetz enthalten.

Der Zugang bei den Grundstücken und Gebäuden betrifft mit TDM 7.228 den im Geschäftsjahr erworbenen Grund und Boden des Grundstückes Bayerstr. 33 (bisher Erbbaurecht).

Der Posten Beteiligung setzt sich wie folgt zusammen:

		<b>Beteiligungs- quote</b>
	<b>DM</b>	<b>%</b>
BNL Beteiligungsgesellschaft Neue Länder GmbH & Co. KG, Berlin	46.000,00	0,0241
Beteiligungsgesellschaft der Bayerischen Wirtschaft GmbH, Grünwald	26.000,00	0,0195
<b>Gesamt</b>	<b>72.000,00</b>	

Die Beteiligung an der Beteiligungsgesellschaft Neue Länder GmbH & Co. KG wurde im Berichtsjahr aufgrund der anhaltend angespannten wirtschaftlichen Lage um TDM 50 auf TDM 46 abgeschrieben. Die Beteiligung an der Beteiligungsgesellschaft der Bayer. Wirtschaft GmbH wurde auf die historischen Anschaffungskosten zugeschrieben.

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** enthalten folgende größere Einzelposten:

	<b>TDM</b>
Provisionsforderungen	135
Schecks und sonstige Einzugspapiere	453
Münz- und Edelmetallbestände	31
Festwert Formulare und Prospektbestände	70

In den Aktivposten sind auf **Fremdwährungen lautende Vermögensgegenstände** mit einem Buchwert zum Bilanzstichtag von TDM 125 ausgewiesen.

Die **Treuhandverbindlichkeiten** (Treuhandkredite) bestehen gegenüber Kreditinstituten (vgl. auch Erläuterung zum "Treuhandvermögen").

Die **Sonstigen Verbindlichkeiten** enthalten folgende größeren Einzelposten:

	<b>TDM</b>
Gewinnanteil 1997 der persönlich haftenden Gesellschafter (nach anteiliger Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen)	733
Übrige Gesellschafterverrechnungskonten	699
Abzuführende Steuern	948
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	79
Zinsen 1997 für Genußrechte	571
Mietkautionen	141

Der **Rechnungsabgrenzungsposten** enthält im wesentlichen abgegrenzte Disagiobeträge auf ausgereichte Darlehen und die Zinsabgrenzung für Teilzahlungskredite.

In den Passivposten sind **Fremdwährung lautende Verbindlichkeiten** mit einem Rückzahlungsbetrag in DM von TDM 78 enthalten.

Zusammensetzung des **Eigenkapitals** zum Bilanzstichtag:

	<b>DM</b>	<b>DM</b>
Komplementär-Kapital		5.637.000
Kommanditkapital (2.472.600 Stückaktien, davon 2.472.599 Inhaberaktien und eine Namensaktie)		12.363.000
		18.000.000
abzüglich:		
Ausstehende Einlagen		2.000.000
		16.000.000
Gesetzliche Rücklage		
Stand 1.1.1997	0	
Zuführung	45.350	
Stand 31.12.1997		45.350
Andere Gewinnrücklagen		
Stand 1.1.1997	1.700.000	
Zuführung		
Komplementäranteil	313.000	
Kommanditaktionärsanteil	641.650	
		2.645.650
Stand 31.12.1997		2.700.000
		<b>18.700.000</b>

Die ausstehenden Einlagen stammen aus der in der Gesellschaftsversammlung vom 07.04.1997 beschlossenen Erhöhung des damaligen Kommanditkapitals um DM 2 Mio. auf DM 17,7 Mio.; die Einzahlung erfolgte im August 1998. Von dem Betrag entfallen 29,65% = DM 593.000 auf den früheren Kommanditisten und jetzigen persönlich haftenden Gesellschafter, Herrn Siegfried Lingel (Forderung analog § 89 Aktiengesetz).

### **Genußrechtskapital**

Die Merkur Bank hat im April 1997 eine Genußschein-Globalurkunde über DM 2 Mio. (7% Merkur-Bank GmbH & Co. KG Genußschein Serie 03/97, Laufzeit bis 31.12.2003) ausgestellt und einen Antrag auf Zulassung zum Girosammelverfahren bei der Deutschen Kassenverein AG gestellt. Der Auszug des Kassenvereins vom 05.05.1997 weist einen Saldo von DM 2.000.000 (WKN 807 552) aus.

In 1997 wurden restliche DM 590.000 Genußschein der Serie 02/96 und DM 2 Mio. Genußrechte der Serie 03/977 gezeichnet und erbracht. Die Voraussetzungen gemäß § 10 Abs. 5 KWG sind gegeben.

Die Merkur-Bank hat im Dezember 1997 den Genußscheininhabern der Serie 01/94 in einem bis 31.01.1998 befristeten Angebot die Möglichkeit eingeräumt, ihre bis 31.12.1999 laufenden Genußrechte in solche mit einer Laufzeit bis 31.12.2003 bei ansonsten unveränderten Konditionen umzutauschen. Diesem Angebot haben Inhaber vom DM 1.860.000 Genußrechten zugestimmt.

Die Bank hat im Januar 1998 eine Genußschein-Globalurkunde im Gesamtbetrag von DM 1.860.000 (8% Merkur-Bank GmbH & Co. KG Genußschein Serie 04/98, Laufzeit bis 31.12.2003, WKN 807 553) ausgestellt und am 02.03.1998 einen Antrag auf Zulassung zur Girosammelverwahrung bei der Deutschen Kassenverein AG gestellt. Der Auszug des Kassenvereins vom 19.03.1998 weist einen Saldo von DM 1.860.000 (WKN 807 553) aus.

**Unwiderrufliche Kreditzusagen** bestanden zum 31.12.1997 in Höhe von TDM 28.518.

Wesentliche Beträge in den **sonstigen betrieblichen Erträgen**:

	<b>TDM</b>
Mieterträge und –umlagen	1.199
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	25

Wesentliche Beträge in den **sonstigen betrieblichen Aufwendungen**:

	<b>TDM</b>
Hausaufwendungen	109
Erbbauzinsen	41

### Überleitung des KG Jahresüberschusses 1997 auf den „Als-Ob-KGaA“ Bilanzgewinn

	Insgesamt	Davon entfallen auf Persönlich haftende G'fter 31,32%	Kommanditaktionäre 68,68% (Handelsbilanzergebnis)
	<u>TDM</u>	<u>TDM</u>	<u>TDM</u>
Jahresüberschuß KG	4.429		
Verschiedene Aufwendungen (Geschäftsführer-, Haftungs- und Aufsichtsratsvergütung etc. unter Berücksichtigung von Gewerbesteuererminderung)	<u>-1.090</u> 3.339	1.046	2.293
Steuerliche Zurechnungen/Kürzungen	2.006		
Anteil phG		1.328	
Anteil der Kommanditaktionäre			678
Von den phG zu versteuern		2.374	
Körperschaftsteuerpflichtiger Anteil der Kommanditaktionäre			2.971
Körperschaftsteuer/Solidaritätszuschlag (unter Berücksichtigung von TDM 220 Ausschüttung)			-1.386
Zuführung zu den Gewinnrücklagen		-313	<u>-687</u>
<b>„Als-ob-KGaA“-Bilanzgewinn</b>			<u><u>220</u></u>

Ohne Zuführung von TDM 687 zu den Gewinnrücklagen hätte sich ein ausschüttungsfähiger „Als-ob-KGaA“-Bilanzgewinn von TDM 1.112 ergeben.

### III. Sonstige Angaben

#### Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Mietverpflichtungen für die gemieteten Bankräume der Niederlassung Auerbach betragen TDM 1.083 bis September 2004, für die Niederlassung Jena betragen sie TDM 1.666 bis Oktober 2006.

#### Termingeschäfte

Zum 31.12.1997 bestand ein Zinsswap-Geschäft mit einem Gesamtvolumen von TDM 2.771 zur Sicherung eines Darlehens (Mikro-Hedge).

## Zahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt 1997

Geschäftsführer	2
Übrige Angestellte	67
Auszubildende	8
	<b>77</b>

## Geschäftsführung und Aufsichtsrat

Die Gesellschaft wird durch zwei persönlich haftende Gesellschafter (Herr Siegfried Lingel, Bankier, Aalen, und die Merkur-Bank Beteiligungs-GmbH, München) oder durch einen persönlich haftenden Gesellschafter gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.

In den Aufsichtsrat wurden gewählt (einstimmiger Gesellschafterbeschuß vom 21.08.1998):

Herr Steuerberater Gerhard Altmann, Stuttgart,

Herr Notar Xaver Wanner, Stuttgart,

Herr Berndt Ulrich Scholz, Kaufmann, Aalen,

Herr Professor Dr. Manfred Abelein, Bodens Ride South Ascot, Großbritannien,

Herr Dipl. Kfm. Marcus Lingel, Aalen,

Herr Oliver Scholz, Kaufmann, Aalen.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Als Aufsichtsratsvergütung für 1997 wurde ein Betrag in Höhe von TDM 56 angesetzt.

Der einem persönlich haftenden Gesellschafter zu marktmäßigen Bedingungen gewährte Kredit betrug zum 31.12.1997 TDM 697 (Forderungen analog § 89 Aktiengesetz).

München, 25. November 1998

Lingel

Paul

# **Erläuterungen zur Anpassung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 1997 der Merkur-Bank GmbH & Co. KG, München, an die für eine Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA) geltenden Vorschriften**

## **1. Jahresabschluß**

### **Kapital**

Die Aufgliederung des Kapitals nach § 286 Abs. 2 AktG ist im "Als-ob-KGaA" Anhang unter "Zusammensetzung des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag" gegeben.

### **Gesetzliche Rücklage/andere Gewinnrücklagen**

Gemäß § 50 Abs. 1 i.V.m. § 278 Abs. 3 AktG ist in der Bilanz der KGaA eine gesetzliche Rücklage zu bilden, die gemäß § 272 Abs. 3 HGB gesondert innerhalb des Eigenkapitals unter der Position Gewinnrücklagen auszuweisen ist. In dieser Rücklage sind 5 v.H. des um einen Verlustvortrag verminderten Jahresüberschusses einzustellen. Die Einstellung ist vorzunehmen, bis die gesetzliche Rücklage und die Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 HGB zusammen 10 v.H. oder den in der Satzung bestimmten höheren Teil des Kapitals erreichen.

In der vorliegenden Bilanz wurde die Einstellung in die gesetzliche Rücklage in Höhe von 5 v.H. des Jahresüberschusses (DM 45.350) vorgenommen und die Zuführung zu den anderen Gewinnrücklagen der Kommanditaktionäre in gleicher Höhe gekürzt (vgl. die "Zusammensetzung des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag" in dem "Als-ob-KGaA"-Anhang).

### **Gewinn- und Verlustrechnung**

Die gemäß § 158 Abs. 1 Satz 1 i.V. mit § 278 Abs. 3 AktG in der Gewinn- und Verlustrechnung nach dem Posten Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag auszuweisenden Posten (Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr, Einstellungen in Gewinnrücklagen und Bilanzgewinn/Bilanzverlust) wurden ergänzt.

### **Anhang**

Die gemäß § 160 Abs. 1 i.V.m. § 278 Abs. 3 AktG erforderlichen Angaben zu den verschiedenen Kommanditaktiengattungen sind im Anhang ergänzt.

Im übrigen entspricht der „Als-ob-KGaA“-Anhang im wesentlichen dem im Jahresabschluß 1997 der MERKUR BANK GmbH & Co. KG enthaltenen Anhang.

## **2. Lagebericht**

Die infolge der Änderung der Rechtsform erforderlich gewordenen Änderungen bzw. Ergänzungen wurden von der Bank vorgenommen.

## Bescheinigung

Der auf den vorstehenden Seiten dargestellte "Als-ob-KGaA"-Jahresabschluß der MERKUR BANK KGaA zum 31.12.1997 wurde von uns auftragsgemäß aus dem von uns geprüften und am 31. März 1998 mit unserem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluß der Merkur-Bank GmbH & Co. KG, München, abgeleitet. Der „Als-ob-KGaA“-Lagebericht wurde von der Bank entsprechend angepaßt.

München, den 27. November 1998

C&L Deutsche Revision  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Schauss  
Wirtschaftsprüfer

Deubzer  
Wirtschaftsprüfer

# VI. Geschäftsgang und Aussichten

## 1. Geschäftsentwicklung 1998

Die MERKUR BANK setzte im 40. Geschäftsjahr seit Gründung ihren erfolgreichen geschäftspolitischen Kurs fort und ist auch 1998 mehr gewachsen als die Branche.

Gemäß vorläufigem Jahresabschluß stieg die Bilanzsumme um stattliche 49,5% auf rund DM 906 Mio. und das Geschäftsvolumen um 48,7% auf DM 950 Mio. Wachstumsmotor war das Kreditgeschäft und dabei insbesondere die Sparte Immobilienfinanzierung. Aber auch die Leasingfinanzierung, ebenfalls eine tragende Säule des Kundenkreditvolumens, trug mit einer zweistelligen Steigerungsrate zum Wachstum bei. Die Forderungen an Kunden erhöhten sich insgesamt um DM 122 Mio. oder 31,5% auf DM 509 Mio.

Zum Jahresende hin verstärkten sich die Anfragen von Bauträgergesellschaften, ihren Käufern/Investoren durch Stellung von Bürgschaften Vorauszahlungen auf den Kaufpreis zu ermöglichen, die wiederum Voraussetzung für die Anerkennung steuerlicher Sonderabschreibungen in 1998 waren.

Die mit Bürgschaftsausreichung einhergehenden Kaufpreiszahlungen auf das jeweilige Konto des Bauträgers bei der MERKUR BANK partizipieren mit rund 50% am Einlagenzuwachs. Die Kundeneinlagen insgesamt haben sich 1998 um rund 52,6% auf DM 821 Mio. erhöht.

1998 verstetigte sich der Druck auf die Zinsmarge. Das Zinsergebnis mit 12,5 Mio. DM blieb deshalb um 12% hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Einen Ausgleich brachte das Provisionsergebnis, welches sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelte und mit DM 8,3 Mio. nicht unwesentlich zum Gesamtergebnis beitrug. Andererseits belasteten erhebliche EDV-Aufwendungen für die Euro-Umstellung und Jahrtausendwende (rund 250 TDM) ebenso das Ergebnis wie die Anlaufkosten für die im Mai 1998 eröffnete Niederlassung in Weimar (rund 750 TDM).

Der vorläufige Rohertrag errechnet sich mit DM 20,8 Mio. (+15%) und führt durch die um 34,5% gestiegenen allgemeinen Verwaltungskosten von DM 15,4 Mio. zu einem Betriebsergebnis von DM 5,5 Mio. Verglichen mit dem Vorjahreswert des Als-ob-KGaA-Abschlusses von DM 6,8 Mio. ergibt sich zwar eine Minderung von DM 1,3 Mio., die aber ausschließlich in Einmalkosten von insgesamt DM 2,6 Mio. für die formwechselnde Umwandlung und den Börsengang begründet ist. Entsprechend lag das Teilbetriebsergebnis mit DM 4,1 Mio. um ein Viertel unter dem entsprechenden Wert des Vorjahres von DM 5,5 Mio.

Nach Auflösung der Gewinnrücklagen von DM 2,7 Mio. steht ein im Verhältnis zum Vorjahr deutlich höherer ausschüttungsfähiger Jahresüberschuß nach Steuern von DM 3,5 Mio. (im Vorjahr: DM 1,9 Mio.) zur Verfügung.

Der durch das Wachstum erforderlichen Eigenmittelstärkung wurde durch Einforderung ausstehender Einlagen auf das Kapital von 2 Mio. DM im August 1998 sowie durch eine weitere Kapitalerhöhung um 7 Mio. DM gemäß Beschluß der a.o. Hauptversammlung am 7.12.1998 ausreichend Rechnung getragen. Das haftende Eigenkapital gemäß § 10 KWG betrug zum Jahresende 1998 DM 33,5 Mio. (im Vorjahr: DM 32,2 Mio.).

## 2. Aussichten für 1999

Die MERKUR BANK wird auch in der neuen Rechtsform der KGaA und nach dem Börsengang keine grundlegende Änderung in ihrer seit Jahren erfolgreichen Geschäftspolitik vornehmen. Vielmehr soll unter Ausnutzung der Stärken in den gewachsenen Bilanzstrukturen die positive Entwicklung der Vorjahre weiter verbessert werden. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt bisher im zinsabhängigen Bereich. Da einerseits der Druck auf die Zinsspanne unvermindert anhält, andererseits die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen weiter steigen werden, muß der dadurch bedingten Ertragsbelastung mittels Volumenerhöhung entgegengewirkt werden.

Mit einer gezielten Personalverstärkung, der damit erforderlich werdenden räumlichen Vergrößerung mit Investitionskosten von rund 1 Mio. DM und dem Börsengang werden hierzu die Rahmenbedingungen geschaffen. Ziel der Bank ist es, ihr zinsabhängiges Geschäft sowohl mit bestehenden Geschäftsverbindungen als auch mit neuen Adressen unter Nutzung ihres besonderen Know-hows im Bauträger- und Leasingfinanzierungs-Bereich auszubauen. Weiter forciert wird aber auch das zinsunabhängige Geschäft. Zu diesem Zweck wurde 1998 bereits eine Kooperation mit einer namhaften Versicherungsgesellschaft eingegangen und wird die jahrelange Zusammenarbeit mit einer Bausparkasse intensiviert. Desweiteren wird künftig mit der Baader Wertpapierhandelsbank AG im Bereich corporate finance kooperiert und dem gehobenen Anlagebedarf der Kunden noch höhere Priorität eingeräumt.

Der jeweils zu Jahresbeginn in den Vorjahren zu konstatierende Volumens- und Ertragsrückgang wiederholte sich 1999 nicht. Vielmehr lassen der positive Geschäftsverlauf im Januar und die neuen Geschäftsanbahnungen ein gegenüber 1998 verbessertes Jahresergebnis erwarten, so daß die Bank plant, sofern keine unvorhersehbaren Ereignisse eintreten, eine angemessene Ausschüttung vornehmen zu können.

München, im Februar 1999

MERKUR BANK KGaA

Aufgrund des vorstehenden Verkaufsprospektes/Unternehmensberichtes

sind die

**DM 19.362.995,-  
auf den Inhaber lautende Stammaktien**

**3.872.599 Aktien ohne Nennbetrag (Stückaktien)**

verbrieft in  
zwei Globalurkunden

Nr. 0.000.002 - 2.472.600

mit voller Gewinnanteilberechtigung für das Geschäftsjahr 1998,  
d.h. ab dem 1. Januar 1998

Wertpapier-Kenn-Nummer 814 820

sowie

Nr. 2.472.601 - 3.872.600

mit voller Gewinnanteilberechtigung für das Geschäftsjahr 1999,  
d.h. ab dem 1. Januar 1999

Wertpapier-Kenn-Nummer 814 821

der

**MERKUR BANK KGaA**  
München

zum Geregeltten Markt  
der Bayerischen Börse in München  
zugelassen worden.

München, im März 1999

Baader Wertpapierhandelsbank AG